



Wdemokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzzährlich . . . 192.—
Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei Mehreren
Einschaltungen Dreierablaß.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 9. November 1922.

№. 263.

„Ein mißglückter Antrag.“

Während die übrige tschechische Presse sich zu dem Dringlichkeitsantrag der deutschen Sozialdemokraten auf Einsetzung eines Ausgleichsausschusses noch nicht äußert, tritt als erstes das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten in die Schranken. Man ist durch die Leistungen der tschechischen Sozialdemokraten gewiß reichlich abgehärtet, aber der Eifer, mit dem ihr Zentralorgan sich bemüht, den Antrag abzutun, noch ehe der jährliche Chor der von keinerlei Bedenken erfüllten robusten tschechisch-nationalen Zeitungen einzusetzen vermochte, ist doch noch imstande, Erstaunen hervorzurufen. Das Blatt der Partei, deren Pflicht es gewesen wäre, als erste die Initiative zur Lösung des nationalen Problems zu ergreifen, hat als Antwort auf die von unseren Genossen im Parlamente ausgestreckte Hand nichts anderes, als ein starres Nein! Sonst kann man von allen tschechischen Blättern die von Wohlwollen triefende, schier väterliche Mahnung hören, die Deutschen müßten sich, ehe ein Ausgleich mit ihnen möglich wäre, auf den Boden des Staates stellen und eine „Umorientierung“ im Sinne einer „bedächtigen Realpolitik“ vornehmen. Der von unseren Genossen eingebrachte Antrag bildet zweifellos die Gelegenheit, die nationalpolitische Annäherung der Volksstämme im Staate zu bewirken. Der Antrag geht wohl von den deutschen Sozialdemokraten aus, aber da er auch von fast allen anderen oppositionellen Parteien unterschrieben ist, wäre Gelegenheit, sie alle beim Worte zu nehmen, ob sie sich durch die Mitarbeit am Ausgleichswerke auf den „Boden des Staates“ zu stellen und „Realpolitik“ in diesem Sinne zu treiben gedenken. Darauf will es das „Pravo Lidu“, dem der Schreden über den Antrag sichtbar in die Glieder gefahren ist, gar nicht ankommen lassen, indem es — der nationalistischen Presse den Weg weist — den Antrag als „mißglückt“, unannehmbar und unzeitgemäß erklärt. Das tut es unter Anführung von Gründen, von deren Nabelstift wir zur Ehre der tschechischen Sozialdemokraten annehmen wollen, daß sie selbst in deren eigenen Reihen Scham und Bedenken wecken werden.

Der Antrag stellt auch für die tschechischen Sozialdemokraten einen Prüfstein dar, wie sie sich zur Lösung der nationalen Frage zu stellen gedenken. Da sie aber kein heißeres Bemühen kennen, als am Koalitionsstaren mitzuziehen, kommt ihnen wohl die Notwendigkeit der Entscheidung über den Antrag sehr unangeleg. In dem Unmut über diese Störung ihrer Kreise, suchen sie im Eifer den Antrag schon mit — formalen Argumenten abzuwürgen. Der Antrag sei wohl von 117 Abgeordneten unterschrieben, er habe also die nötige Zweifünftelzahl der Abgeordneten, aber er könne in dieser Form doch nicht im Hause verhandelt werden, denn nach der Geschäftsordnung könne sich ein Ausschuß nur mit Regierungsvorlagen oder Initiativanträgen der Abgeordneten beschäftigen, dagegen könne keinem Ausschusse aufgetragen werden, wie es der Antrag Dr. Czoch verlangt, selber Gesetzentwürfe auszuarbeiten. Das „Pravo Lidu“ seht sich aufs hohe Ross und belächelt mißdeutend die 117 Abgeordneten, von denen „nicht ein einziger die Geschäftsordnung in dem Maße kenne, daß er auf diesen Umstand verfallen wäre.“ Selber hütet sich das natürlich über alle Maßen geschäftstunungsstunde „Pravo Lidu“ davor, die angeblichen Stellen aus der Geschäftsordnung anzuführen, welche einem eigens dazu beauftragten Ausschusse die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen verbieten würden. Daß der Antrag Dr. Czoch im Sinne des § 55 der Geschäftsordnung ein „Initiativantrag“ von Abgeordneten ist, darüber kommt auch das „Pravo Lidu“ trotz aller Haarspalterei nicht hinweg. Die Geschäftsordnung enthält auch nicht ein Wort darüber, daß ein solcher Initiativantrag vorher auf seinen Inhalt von der Mehrheit oder vom Präsidium zu prüfen ist. Der § 55 nennt als Bedingung der dringlichen Behandlung eines Antrages lediglich die Unterfertigung des Antrages durch „zwei Fünftel aller Abgeordneten“. Was in dem Initiativantrag steht, das geht bis dahin den Vorstehenden und auch die Mehr-

Die Antwort an die Reparationskommission.

Eventuelle Mitwirkung der Reichsbank bei der Tilgung der schwebenden Schuld.

Berlin, 8. November (Eigenbericht). In einer langen Sitzung des Reichskabinetts wurde die Antwort an die Reparationskommission endgültig verabschiedet und wird noch heute der Kommission überreicht werden. Der Vorschlag der Reichsregierung macht sich die Grundzüge der Auffassung des Gutachtens der ausländischen Sachverständigen zu eigen: Notwendigkeit einer Stützung der Mark unter gewissen Voraussetzungen, Herabsetzung der Reparationslasten und Gewährung einer äußeren Anleihe sind diese Voraussetzungen.

Die Reichsregierung ist bereit unter der Voraussetzung, daß ihre grundsätzliche Auffassung in

den Gutachten der Sachverständigen anerkannt wird, Maßnahmen zur Begleichung der schwebenden Schuld zu treffen. Es wird die Mitwirkung der Reichsbank bei diesen Maßnahmen in Aussicht gestellt. Donnerstag wird die Antwort der Regierung, begleitet von den Gutachten der Sachverständigen Bitterling und Dubois erfolgen.

Die Reparationskommission wird sich morgen in einer internen Sitzung mit der deutschen Antwort beschäftigen. Sie beabsichtigt, am Nachmittag eine gemeinsame Sitzung mit den Unterhändlern der deutschen Regierung abzuhalten und Freitag abzureisen.

Die Einberufung des Reichstages.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin, 8. November (Eigenbericht). Donnerstag vormittags wird der Reichskanzler die Parteiführer und Pressevertreter empfangen. In der Sitzung der Parteiführer soll über die Einberufung des Reichstages Beschluß gefaßt werden. Sie dürfte Montag erfolgen.

1 Kz = 297 Mark.

Berlin, 8. November (Eigenbericht). Die Devisenhilfe nimmt ihren Fortgang. Trotdem über die Verhandlungen mit der Reparationskommission heute günstiger berichtet wurde, herrscht an der Börse der größte Pessimismus. Der Dollarkurs stieg von 8428 auf 9127, das englische Pfund von 37,406 auf 40,390, der Schweizer Frank von 1551 auf 1675, die tschechische Krone von 274 auf 297.

Der Streit um Konstantinopel.

Konstantinopel, 7. November. (Reuter.) Die alliierten Generale haben Refet Pascha mitgeteilt, daß Konstantinopel, entsprechend dem Waffenstillstandsvertrage unter der interalliierten Kontrolle verbleibe. Der Pascha hat geantwortet, er lehne jede Art von Kontrolle ab und werde sich nach Angora um nähere Weisungen wenden.

Angriffe auf Europäer.

Konstantinopel, 7. November. (Reuter.) Die Kundgebungen in den asiatischen Vorstädten von Konstantinopel nehmen eine ernsthafte Wendung. Fenster von Christenhäusern wurden eingeschlagen. Vier britische Soldaten wurden durch Messerstiche verwundet, zwei türkische Polizisten verhaftet. Man glaubt, daß die Armenisten die Stellung der Alliierten in Konstantinopel unhaltbar zu machen suchen, um so der Besetzung seitens der Alliierten noch vor der Friedenskonferenz ein Ende zu bereiten.

Eine provokatorische Forderung.

London, 7. November. (Tsch. P.-B.) Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat Refet Pascha den Alliierten eine Note unterbreitet, in der die Ausweisung der britischen Untertanen aus Konstantinopel gefordert wird.

Konstantinopel, 7. November. (Havas.) Die Oberkommissare der Verbündeten haben von ihren Regierungen die Ermächtigung erhalten, die von ihnen für notwendig gehaltenen Maß-

nahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Konstantinopel zu ergreifen. Unter diesen Maßnahmen könne sich selbst die Verhängung des Belagerungszustandes befinden.

Ein Ultimatum der Alliierten.

Paris, 8. November. (Havas.) „Petit Parisien“ meldet aus Konstantinopel unter dem 7. ds.: Die Oberkommissare haben heute Refet Pascha ein Ultimatum überreicht, in welchem sie die Einhaltung der Bestimmungen des Protokolls von Rudania fordern und auf die Gefahr aufmerksam machen, welche das jegliche Verhalten der Ungarregierung hervorrufen könnte.

Vertagung der Orientkonferenz.

Paris, 7. November. (Havas.) Großbritannien hat Frankreich die Vertagung der Konferenz von Lausanne vom 13. auf den 27. November vorgeschlagen. Wenn auch Frankreich einer kurzen Vertagung aus Organisationsgründen nicht abgeneigt ist, dürfte es sich wahrscheinlich doch einer so langen Vertagung widersetzen.

Der Sultan will bleiben.

London, 7. November. (Havas.) Der britische Oberkommissar in Konstantinopel hatte gestern abends mit dem Sultan eine Besprechung, welche sich mehr als drei Stunden hinzog. Letzterer ist nicht geneigt, die Entscheidung der großen Nationalversammlung von Angora für seine Person hinzunehmen.

heit, mit Verlaß zu sagen, einen Schmarren an. Die Folgerung des superfluen „Pravo Lidu“, der Antrag Czoch könne „in dieser Form“ überhaupt nicht verhandelt werden, ist also vollkommen unsinnig. Aber auch die andere Behauptung des Blattes, ein Ausschuß dürfe keine Gesetzentwürfe auszuarbeiten, ist mehr als anfechtbar, denn die Geschäftsordnung enthält keine einzige Bestimmung, welche dies einem Ausschusse ausdrücklich verwehren würde. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so ist es geradezu kindlich, zu glauben, der Wille des souveränen Hauses, einen Ausschuß mit der genannten Aufgabe zu betrauen, könnte an solchen „formalen“ Bedenken scheitern. Freilich, da das „Pravo Lidu“ nicht will, seht es auch seinen Weg, sondern lauter unübersteigbare Hindernisse.

Aber man sage nicht, daß das „Pravo Lidu“ nicht auch sachliche Gründe übrig hat! Es will — wie wohlthuend diese abgeklärte Milde wirkt! — „nicht daran zweifeln“, daß der Antrag der deutschen Sozialdemokraten ernst gemeint ist, aber gleich darauf seht sich der Artikelschreiber doch wieder genötigt, mit bedenklichem Stirnrunzeln festzustellen, die

Motive des Antrages seien „doch wohl am ehesten demonstrative“. Der Trick, den das Blatt hier anwendet, eine unangenehme Sache als „Demonstration“ zu erklären, hat längst nicht mehr den Vorzug der Neuheit. Natürlich beleuchtet das „Pravo Lidu“, seine Partei sei „auch bereit, an jedem Ausgleichswerk mitzuarbeiten und zu ihm mit ihrer Initiative, sowie ihrem politischen Einflusse beizutragen“ — platonische Liebesbeteuerungen waren doch seit jeher eine gut ausgebildete Fähigkeit der tschechischen Sozialdemokraten. Aber, aber — und nun höre man den Einwand, den das „Pravo Lidu“ macht! Gerade darum, weil seine Partei eine so viel „national friedliche“ und „internationale“ sei, habe es die Pflicht, zu sagen, daß die gegenwärtige Zeit zur Aufstellung der nationalen Frage unglücklich gewählt sei: „Wir stehen inmitten der ärgsten Krise, welche alle Energie ausschöpft und die größte Sorge gerade der Arbeiterpartei bildet“. Man könnte glauben, die tschechischen Sozialdemokraten hätten sich im Kampfe gegen die Krise und die Arbeitslosigkeit schon Schwielen an den Händen angearbeitet, wenn man nicht wüßte, daß trotz ihrer Anwesenheit in der Regierung, diese auch

noch nicht einmal einen Finger zur Milderung der Krise gerührt hat. Statt dessen konnte man jüngst aus einer Rede ihres Abgeordneten Dr. Weizner hören, wie unschuldig die Regierung an dem Stand der Krise und der Arbeitslosigkeit sei. Damals war ihm die Krise nur eine Weltercheinung, auf welche die Regierung keinen Einfluß habe, nun auf einmal haben die tschechischen Sozialdemokraten mit der Lösung der Krise alle Hände voll zu tun. Man muß schon ein dreimal geachteter tschechischer Sozialdemokrat sein, um auch diesen Widerspruch gläubig hinzunehmen. Wer hinderte denn die tschechischen Sozialdemokraten und die Regierung bisher daran, gegen die Wirtschaftskrise zu wirken? Und wenn will denn das „Pravo Lidu“ einreden, daß die Wahl eines Ausgleichsausschusses und dessen Beratungen das Parlamente daran zu hindern imstande ist, die notwendigen Maßnahmen zur Linderung der Wirtschaftskrise und des Arbeitslosens zu beschließen! Just vom „Pravo Lidu“, dem Arbeiterblatte, hätte man die Erkenntnis erwarten können, daß gerade diese Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Elends den sozialistischen Parteien die Pflicht diktiert, an die Hinwegräumung des nationalen Streites, dieses ärgsten Hindernisses wirtschaftlicher und sozialer Aufbauarbeit, zu scharren.

Das „Pravo Lidu“ findet dann noch, daß der Zeitpunkt für die Einbringung auch aus „psychologischen Momenten“, mit Rücksicht auf die tschechische Öffentlichkeit, schlecht gewählt sei; doch darüber soll noch in einem eigenen Artikel gesprochen werden. Hier sei nur noch hervorgehoben, daß das „Pravo Lidu“ zu „konstatieren sich gezwungen“ seht, daß die tschechischen Sozialdemokraten zur Mitunterfertigung des Antrages nicht aufgefordert wurden und mit ihnen auch nicht verhandelt worden sei: „Die deutschen Sozialdemokraten haben sich gestern dafür entschieden, daß sie die nationale Frage in der Tschechoslowakischen Republik mit den Deutschnationalen, den slowakischen Nationalen, den ungarischen Christlichsozialen und ohne die tschechischen Sozialdemokraten lösen werden.“ Das „Pravo Lidu“ läßt sich in seinem Unmut über den Antrag zu einer ganzartigen Fälschung hinreißen. Unsere Partei will die nationale Frage natürlich nicht nur mit den genannten Parteien lösen, sondern ebenso selbstverständlich mit den Vertretern aller Nationen und es liegt nur an den tschechischen Sozialdemokraten, wirklich und wahrhaft mit ihrer Initiative und ihrem politischen Einflusse zum Gelingen des Werkes beizutragen. Das Blatt weiß natürlich ebenso gut wie wir, daß der Antrag ein Antrag unserer Partei ist und daß die Unterzeichnung des Antrages durch die anderen oppositionellen Parteien nichts anderes zu bedeuten hat, als nach parlamentarischen Gepflogenheiten die Erlangung der Möglichkeit, daß der Antrag auf die Tagesordnung des Hauses gestellt werde. Es ist ein wenig ehrenvolles Unterfangen, wenn das „Pravo Lidu“ daraus die verwegene Folgerung zieht: die deutschen Sozialdemokraten hätten damit „den Weg der sozialistischen Internationalen verlassen“. Daß die tschechischen Sozialdemokraten unseren Antrag nicht unterschrieben hätten, darüber kann sich ehrlicherweise auch das „Pravo Lidu“ keinem Zweifel hingeben; darauf deuten auch seine mühevoll herbeigeschleppten „Gründe“ hin, mit denen es „auch bereit, an jedem Ausgleichswerk mitzuarbeiten und zu ihm mit ihrer Initiative, sowie ihrem politischen Einflusse beizutragen“ — platonische Liebesbeteuerungen waren doch seit jeher eine gut ausgebildete Fähigkeit der tschechischen Sozialdemokraten. Aber, aber — und nun höre man den Einwand, den das „Pravo Lidu“ macht! Gerade darum, weil seine Partei eine so viel „national friedliche“ und „internationale“ sei, habe es die Pflicht, zu sagen, daß die gegenwärtige Zeit zur Aufstellung der nationalen Frage unglücklich gewählt sei: „Wir stehen inmitten der ärgsten Krise, welche alle Energie ausschöpft und die größte Sorge gerade der Arbeiterpartei bildet“. Man könnte glauben, die tschechischen Sozialdemokraten hätten sich im Kampfe gegen die Krise und die Arbeitslosigkeit schon Schwielen an den Händen angearbeitet, wenn man nicht wüßte, daß trotz ihrer Anwesenheit in der Regierung, diese auch

Es wäre aufrichtiger gewesen, wenn das „Pravo Lidu“, anstatt nach Scheinargumenten zu suchen, sich offen dazu bekant hätte, daß seine Partei insolge ihrer Verknüpfung mit der Koalition sich an deren Galleere gebunden fühlt und dem Gebote dieser Koalition gemäß die Lösung der nationalen Frage als „nicht zeitgemäß“ ansehen muß. Sein Eifer, es in der Bekämpfung des Ausgleichsantrages allen nationalistischen Schreibern vorzutun, wäre damit freilich noch lange nicht entschuldbar.

Der Staat — eine Domäne des Bankkapitals.

Schluss der Rede des Gen. Dr. Heller im Senat.

Heute ist das, was wir an Preiserhöhungen überhaupt erreicht haben, nur durch die Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten erreicht, während allen anderen Mitgliedern des Arbeitsprozesses, alle diejenigen, die am Arbeitsprozesse profitieren, von ihren Gewinnen noch nichts hergegeben haben. Ich erinnere auch an die bekannte Eingabe der Handelskammern an die Regierung, in welcher die Herabsetzung der Kohlenabgabe, der Umsatzsteuern, die Herabsetzung der Tarife, die Ermäßigung der Steuerabgaben, Abschluss von Zoll- und Handelsverträgen und ähnliches verlangt wird. Von all den Forderungen, die da die Handelskammern stellen und von denen einen beträchtlichen Teil auch die vereinigten Gewerkschaften, die Vertreter der Arbeiterschaft in diesem Staate übernommen haben, ist in diesem Budget auch nicht eine einzige erfüllt. Es werden die Einnahmen aus der Kohlenabgabe um 400 Millionen Kronen niedriger präliminiert als heute, aber nicht deshalb, weil die Kohlenabgabe ermäßigt wird, sondern weil weniger Kohle verkauft wird. Die Kohlenabgabe soll also dieselbe bleiben. Es werden 400 Millionen Kronen weniger Umsatzsteuer präliminiert, aber nicht deshalb, weil die Umsatzsteuer herabgemindert wird, sondern weil der Umsatz zurückgeht und infolgedessen die Einnahmen aus den umgesetzten Waren geringer werden. Wir sehen außerdem, dass die präliminierten Einnahmen aus den Tarifen der Eisenbahn, sowohl den Fracht- als auch den Personentarifen, den Tarifen für Post und Telegraphen, kurz, allen jenen Betrieben des Staates, welche die Industrie am meisten belasten, noch wesentlich in die Höhe gesetzt werden. Wir sehen daraus, dass die Regierung nicht die Absicht hat, diese zwinzigen Tarife herabzusetzen, sonst hätte sie diese ungeheuren Ziffern nicht in das Budget einsetzen können.

Ich komme nun auf ein Kapital zu sprechen, das bis heute noch gar nicht berührt wurde, nämlich von dem Einfluss, welchen die Banken auf das Entstehen und das Wachsen der Krise in diesem Staate genommen haben. Sehen Sie sich einmal die Abrechnung einer Bank an. Sie werden sehen, dass die Bank denjenigen, denen sie Geld schuldet, das Geld mit 3 1/2%, wenn es hoch geht mit 4 1/2% verzinst. Wer das Unglück hat, Schuldner der Zinobanka oder einer anderen Bank zu sein, der muß an die Bank 8 bis 8 1/2% Zinsen zahlen, an Provision weiter 2 bis 2 1/2%; wenn er noch ins Ausland exportiert und die Bank ihm die ausländischen Valuten aufschreibt, rechnet sie ihm so horrenden Beträge, daß er an diesen Dividen wieder das ganze Kapital verliert. Es betragen tatsächlich die Zinsen, die heute die Bank von den Industriellen nimmt, die sich nicht rühren können, weil sie überall verschuldet sind — gewiß gilt es nicht für alle Industriellen — 16 bis 17% an Zinsen, Provision und Dividen Gewinn. Das haben sich die Banken so wunderschön eingerichtet durch die kolossale Spannung zwischen dem Geld und Ware, die oft 10 oder 20 Punkte beträgt. So erzielen die Banken Riesengewinne. Darüber hat Herr Dr. Rasin, der doch sicher auf diesem Gebiete ein Fachmann ist, nicht ein Wort gesprochen. Die Hauptschuld der Banken, die heute die Industriellen, die ihnen verschuldet sind, austradern und ausplündern, hat er vollständig verschwiegen. Sie sehen, daß auch dies die Krise noch verschärft.

Aber es gibt auch Industrien, denen es trotzdem nicht schlecht geht, wie wir dies in den jüngsten Tagen wieder an einigen Beispielen wahrgenommen haben. Die böhmische Zuckerindustrie-Gesellschaft hat ein Aktien-

Der Faschismus in Ungarn.

Budapest, 8. November. (M.A.P.) Die Blätter veröffentlichen mit der Überschrift „Ungarisches Faschistenprogramm“ ein in zehn Punkte zusammengefasstes Programm der ungarischen Faschisten, die erklären, daß sie bloß den Schutz der ungarischen Rasse im Wirtschaftselben anstreben, sich von Postill fernhalten wollen, alle unverantwortlichen Einzelaktionen verurteilen und ihre Grundföhrung im Rahmen der bestehenden Gesetze zu verwirklichen trachten.

Wie in Polen Korfanty, so ziehen nun in Ungarn der alte Spieler Stefan Friedrich und seine nationalitischen Freunde Stefan Salter, Gömbös und Karl Wolff auf Mussolinis Spuren einher. Sie begnügen sich nicht mehr damit, dem Rührereien der „Erwachenden Ungarn“ als Schutzmantel zu hängen zu stehen, sondern sie bemühen sich um den Ausbau einer umfassenden Organisation. Den italienischen Schwarzhemden werden in Ungarn bald Henden irgend einer anderen Couleur entsprechen, nur die Tendenz, die sich unter diesen Hemden birgt, wird eine etwas andere und den Tendenzen des Landes angepaßt sein. Mussolinis Waffen richten sich vor allem gegen den Sozialismus; das haben Friedrich und Genossen nicht mehr nötig, die ungarische Arbeiterschaft liegt bereits gefesselt und entzweit am Boden. Diese Frontirichtung Friedrichs ist also bloß, so ehrlich er auch

das Proletariat haßt, äußerer Schein und ebenso die Betonung des Antisemitismus. Das Jubelium des Parteiendes und der Intelligenz ist so wie so vernichtet und mit den jüdischen Kapitalisten hat Friedrich längst gepödel und wird es auch fernerhin tun. Er gibt vielmehr diese „harmlosen“ Parolen nur aus, um die Aufmerksamkeit des Auslandes von seinen eigentlichen Absichten — der Aufstellung einer illegalen Armee — abzulenken. Und diese Armee gedenkt er mehr als im Innern zum Kampf gegen „äußere Feinde“ zu verwenden. Die Mussolini keine Scharen kampferüstet gegen die Südslawen bereit hält, so will Friedrich Truppen zur Hand haben, um bei günstiger Gelegenheit gegen die Zerstörer des „unteilbaren Stephanreichs“, Rumänen, Tschechen oder Deutschösterreicher, vorzugehen zu können. In jedem Winkel lauert ein „Patriot“ und bedroht die gegenwärtige Einteilung Europas, Mussolini, Friedrich, Korfanty und Herr von Rahn brüten über Revanche- und Eroberungsgeplänen. Das Unrecht, das die Reaktionäre von Versailles verschuldet haben, löst ein noch gewalttätigeres Unrecht aus, auf den durch „Verträge“ bemantelten Länder, Menschen- und Kapitalraub bereitet sich eine noch brutaler, offen mit Raub und Mord operierende Antwort vor. Das ist die notwendige Dialektik eines Geschichtsprozesses, der von imperialistischen statt von sozialen Motiven in die Wege geleitet wurde und wird.

kapital von 12 Millionen Kronen und für das Jahr 1921 einen Reingewinn von 15,182.000 K., also mehr als 125% ausgewiesenen Reingewinn. Sie können sich also ungefähr vorstellen, bei der Art, wie unsere Industriellen zu buchen verstellen, wie sie es verstehen, Gewinne zu verschleiern und zu verschleiden, wie hoch der wirkliche Gewinn ist. Die Gesellschaft verteilt eine Dividende von 60%. Die 10 Verwaltungsräte der Gesellschaft bekommen 1,237.000 Kronen, also jeder von ihnen 123.700 Kronen. Und die Verwaltungsräte der böhmischen Zuckerindustrie-Gesellschaft, das sind Herr Dr. Preis, der Anwalt der Zinostenská banka Herr Dr. Schwarz und Herr Dr. Rasin. Nun hat Herr Dr. Rasin jetzt, als er Minister wurde, die Verwaltungsratsstelle niedergelegt und an seine Stelle tritt Herr Dr. Hobák. Sie sehen also den vollständigen Zinostenská Konzern. Die Zuckerfabrik Schöller und Komp. hat unter Vorsitz des Herrn Dr. Preis eine Verwaltungsratsabteilung abgehalten und über die Beteiligung der Chropiner Zuckerfabrik, der Atalauer vereinigten Zuckerfabrik AG., der Granatler Zuckerfabrik AG. in Großla, der Petözhäyer Zuckerfabrik AG. in Petözhäya und der Karl Stumpf-Zuckerfabrik AG., berichtet, daß deren Dividen in der vorliegenden Bilanz enthalten sind und daß sie einen Reingewinn von 9,556.000 Kronen aufweisen. Davon verteilen sie, nachdem sie noch 800.000 K. dem Reservefond zugewiesen haben, eine Dividende von 21%, das sind 64 Kronen. Alois Rasin wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr als Mitglied der Gesellschaft kooperiert. Eine Mitteilung, daß er jetzt, als Finanzminister auf seine Funktion, in der er gestern bestätigt wurde, verzichtet habe, erfolgte nicht. Auch diese Gesellschaft ist tatsächlich im Besitz der Zinostenská banka. Die Smichower Aktienbrauerei verteilt eine Dividende von 66,3% und hat einen Reingewinn von beinahe 3,716.000 Kronen erzielt. Wir sehen hier ungeheure Gewinne, die doch manche Industrien wenigstens noch im Jahre 1921 erzielt haben, wir sehen aber auch die ungeheueren Lantienmen, die die Verwaltungsmittelglieder einstecken. Da müssen wir uns nur wundern, daß die gesamte

Lantienmensteuer im Jahre 1922 7,680.000 Kronen ausgemacht hat. Bei einer einzigen Gesellschaft hat der Verwaltungsrat 1,200.000 Kronen bekommen und die gesamte Lantienmenabgabe hat, wie bereits erwähnt im Jahre 1922 bloß 7,680.000 Kronen betragen. Für das Jahr 1923 ist sie auf 20,4 Millionen Kronen erhöht worden.

Aus der Rede des Herrn Rasin geht eines hervor: Der Staat muß sparen, die Gemeinden müssen sparen, die privaten Haushalte müssen sparen. Herr Dr. Rasin möge zu den Beamten und Arbeitern hingehen — ich kenne einen Beamten und nicht etwa einen, der der 9. oder 8., sondern der 7. oder 8. Rangklasse angehört, der mir am 20. eines Monats gesagt hat: „Das ist, was ich noch habe.“ Es waren 5 Kronen. Rasin soll anfangen zu jenen, denen er für den 1. April nächsten Jahres wieder eine Kürzung des Gehaltes ankündigt und deren Gehalt heute noch, trotzdem die Preise aller Bedarfsartikel das elf- bis zwölfwache des Friedenspreises betragen, kaum auf das fünffache des Friedenslohnes gestiegen ist, lieber zu den Verwaltungsräten dieser Aktiengesellschaften gehen. Zu diesen aber geht er nicht, weil er selbst ein Teil dieser Macht im Staat ist, weil diese Macht unseren Staat beherrscht, weil dieser Staat heute eine Domäne des Bankkapitals geworden ist. Dort suchen Sie die Ersparungen, dort suchen Sie, wo Sie Einnahmen für diesen Staat schaffen können, aber dort, wo die Industrie und mit ihr die Arbeiterschaft durch die Steuern des Staates in so ungeheurer Weise belastet werden, dort möge man die Steuern abbauen, sie wegnehmen und denjenigen auferlegen, die sie tragen können, vor allem unseren Banken. Unsere Banken machen Millionen- und Milliardengewinne, machen Rücklagen. Bedenken Sie doch, was die Banken jetzt an der Steigerung der Krone verdienen. Sie haben ihre Schuldner vor 1/2, Jahren mit dem schlechten Geld hineingelegt. Heute sind nun diese Leute den Banken in einer drei- und vierfachen besseren Valutaschuldig, ihre Forderung sowie die aller Gläubiger ist drei- und viermal mehr wert geworden.

Aus dem Budgetanschlusse.

Vormittagsführung vom 8. November.

Zur Verhandlung stand das Ministerratspräsidium, Referent Binowec, und das Ministerium des Reichern, Referent Kemec. Nach den Referenten sprach zunächst Modraet (tschechischer Sozialist), welcher sich mit der Durchführung der Bodenreform beschäftigte, wobei er das Bodennamts befragt wegen seiner Politik angriff.

Genosse Taub stellte zuerst an den Ministerpräsidenten das Ersuchen, um Aufklärung wegen der Vorfälle in Freudenthal, bei denen ein Deutscher erschossen wurde. Er verlangte besonders eine Erklärung darüber, was er vorgelesen hat, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Die beiden früheren Ministerpräsidenten haben der Deutschen sozialdemokratischen Partei in Mähren wiederholt in der bestimmtesten Form eine Vertretung im mährischen Landesausschusse zugesichert; bis heute hat keine Regierung dieses bindende Versprechen eingelöst und ist deshalb die stärkste deutsche Partei im mährischen Landesausschusse noch immer ohne Vertretung. Die wirklichen Ersparnisse betragen bei dem Ministerium nicht 85 Millionen Kronen, sondern nur fünf Millionen Kronen und auch diese nur auf Grund der gebesserten Valutaverhältnisse. Die Wichtigkeit des statistischen Amtes anerkennen wir, die dort bestehenden Verhältnisse sind aber gänzlich unhaltbar. Von den 417 Angestellten ist kein einziger ein Deutscher. Eben- so haben die Deutschen im Bodennamts keine Vertretung. Auf Grund des von der Revolutionärsnationalversammlung beschlossenen Gesetzes hätten im Juli dieses Jahres die Wahlen in den Verwaltungsrat des Bodennamts durch die Nationalversammlung durchgeführt werden müssen. Das ist aber nicht geschehen und es wird uns auch weiterhin in die Ministerien des Bodennamts kein Einblick gewährt. Der Aufwand für die Staatsdruckereien ist ein ganz gewaltiger, aber es fehlt jeder Aufschluß über den Ertrag dieser Betriebe. Ein eigenes Kapitel bildet der Dispositionsfonds, besser Replikationsfonds, und wir verlangen die Pefestigung dieser Ausgaben, welche nur zur Täuschung der Öffentlichkeit im Sinne der Regierungspolitik Verwendung finden. Wir verlangen weiter, daß über die Verwendung dieser Gelder berichtet wird und die Belege dem Obersten Kontrollamte vorzulegen sind. Für den Empfang fremder Gäste sind sowohl im Voranschlage des Ministerrates wie in jenen des auswärtigen Ministeriums größere Beträge eingelegt. An Reparationskosten spart dieser Staat nicht. Die beabsichtigte Reueinstellung von Beamten im Ministerratspräsidium ist wohl nur so aufzufassen, daß Beamte aus anderen Ministerien im Ministerratspräsidium Verwendung finden.

Es sprach hierauf Pubnil (tschechischer Kommunist), welcher sich mit dem brutalen Vorgehen der Polizei bei der gestrigen Arbeitlosen demonstration beschäftigte. Pavet (deutscher Nationalsozialist) kritisierte die Auswertung eines so hohen Betrages für den Dispositionsfonds.

In der Debatte ergriff auch Minister Dr. Benes das Wort und erklärte, daß das Außenministerium sich bestreben werde, sein Budget auch in der Zukunft zu reduzieren. Weiter erklärt der Minister, daß für den „Cas“ aus dem Budget des Außenministeriums kein Geld gegeben wurde und gegeben wird. Was das Verhältnis der Gesellschaft „Orbis“ („Prager Presse“ Ann. d. Red.) zum Außenministerium betrifft, teilt der Minister mit, daß hier tatsächlich Zusammenarbeit besteht und daß dies erfahrungsgemäß dem Staate bei weitem mehr Erfolg gebracht habe, als vorausgesetzt werden konnte. Man muß sich über die Höhe von Posten für Publikationen in fremden Sprachen nicht wundern. Das machen auch die Großmacht, die es nicht notwendig haben, die Welt mit ihren Verhältnissen bekannt zu machen, und die es hauptsächlich nicht notwendig haben, gegen eine lokale, unrichtige und feindselige Propaganda zu kämpfen. Ich könnte eine Großmacht anführen, die für diese Zwecke 32 Millionen einer

Die Erlösung vom Leid.

Von Richard Wagner.

Zeit der Mensch Bewußtsein hat, also seit unzähligen Millionen Jahren, in denen er sich in langamer Entwicklung aus dem Tierreich erhoben hat, ringt er mit einem Leid. Doch Erlösung ist ihm bis heute noch nicht geworden. Daß der frühe Mensch leidlos im Paradies gelebt, ist ein schönes Märchen, der künstlerische Ausdruck menschlicher Sehnsucht. Des Urmenschen Leben war eine geschlossene Kette bitteren Lebensleides. Unsicher, ob ihn der nächste Tag nicht dem Hungertod ausliefert, unsicher, ob ihn während des Essens, während der Futterjagd, während der Fortpflanzung nicht feindliche Menschen, Tiere oder Naturkräfte vernichten, — so lebte er dahin. Sein Dasein war ein ständiger Todeskampf, nur Augenblicke lang unterbrochen von der Lust erfüllten Streben bei der Nahrungsuche, beim Sieg über einen Gegner, bei der Fortpflanzung.

Durch Kampf, später immer mehr auch durch Arbeit, wo seine Kräfte ausreichten, — durch Blüten und Beten, wo seine Kräfte versagten, suchte er sich am Leben zu erhalten, das Leid seines Daseins zu verringern. Blinden Zufällen, wie ihm schien, willkürlichen, stärkeren Mächten ausgeliefert, gelang ihm dies nur in bescheidenem Maß. Je höher sein Bewußtsein stieg, je klarer ihm sein Leid als Leid und seine Unfähigkeit wurde, ihm zu entkommen, desto mehr glaubte er, für ewig unrettbar darin verstrickt zu sein, wenn nicht — wenn nicht eine jener ungelauteten, willkürlichen, höheren Mächte eines Tages Lust be-

traug, ihn zu befreien. Und so wartete er auf die Erlösung von irgendeinem Jenseits her, harpte durch die Jahrtausende auf den Messias, der „Gottes Reich“, d. h. das leidlose Leben des Menschen, auf die Erde bringen werde, — hoffte, da diese Sehnsucht nie und nie in Erfüllung gehen wollte, auf das „Reich Gottes, das nicht von dieser Welt ist“, auf ein leidloses Leben nach Beendigung des irdischen Jammerdaseins — und Millionen Menschen warteten noch heute auf das eine oder das andere.

Ganz wie in seinem Alltagsleben suchte der Mensch nach dem Grund seines Lebens, das ihm wie eine Strafe seiner irdischen Beherrschung schmerzt. Hier wußte er immer von einer begangenen Tat, die ein Unrecht gegen seine Beherrschung war oder von diesen wenigstens so bezeichnet wurde und wofür sie ihm schmerzhaftes Leid zufügte. Aber wofür mußte er jene Lebensleiden erdulden, die ihm nicht sichtbar von seinen Peinigern auf Erden zugefügt wurden, die von anderswoher, von unbekannten Mächten kamen? Daß sein Geist noch nicht ausreichte, Ursachen zu finden, da er bei bohrendster Einsicht in sich keine Schuld fand, konstruierte er eine Schuld der Urbäuer, erdichtete er die „Erbünde“, für die er, der Enkel und Urenkel, büßen mußte und die er für seinen Teil nur durch Leid, ja durch freiwillig übernommene Lebensplage tilgen konnte. Die Erlösung aber mußte von außen, wenn nicht in diesem Leben, so in einem nebelhaften Jenseits kommen.

Neben dieser Erlösungshoffnung aber, die in einzelnen Erdstrichen zu ganzen Religionsystemen ausgebaut wurde, fand der Mensch schon früh einen anderen Weg zur Auseinandersetzung mit seinem Leid. Aus seinem gefunden Lebens-

drang heraus, den er wie jedes andere Lebewesen besitzt, begann er mit seinem Leid zu ringen. Oft gestört durch seine ideologischen Erlösungsvorstellungen, behindert durch jene, die deren Vertriebs berufsmäßig ausübten, nicht selten verzweifelt am Erfolg, aber immer wieder von neuem beginnend, rang er dem Leid Schritt um Schritt Boden ab. Die Arbeit war seine Waffe in diesem riesenhaften Ringen und die Erfolge wuchsen mit den Lebenserfahrungen und Erkenntnissen, die das menschliche Bewußtsein bei der mühseligen Arbeit sammelte. Arbeit und Wissenschaft, — sie sind die erfolgreichsten Bekämpfer des Menschenleides.

Arbeit und Wissenschaft, — sie allein haben auch die ganze menschliche Kultur aufgebaut. Und so ist die Geschichte der Menschheitskultur zugleich die Geschichte vom menschlichen Ringen mit dem Leid und von dessen Niedererkämpfung. Uns schnell- und kurzlebigen Menschen scheinen die Errungenschaften im Verhältnis zur Dauer dieses Jahrtausends langen Ringens klein und unbedeutend. Und unser kurzes Gedächtnis läßt uns überwundenes Leid rasch vergessen. Aber wie aus vielen tausenden Kilogramm Pechblende nur ein einziges Gramm Radium gewonnen wird, so quillt aus Jahrtausende langem Bemühen nur ein Quentchen dauernden Menschenglücks. Doch wie das winzige Stüchchen Radium dann mächtige, dauernde Kräfte zur Wirkung bringt, so auch jeder kleine Sieg über das Leid. So ist ein kleiner und dabei riesenhafter Sieg die Erkenntnis, daß alles Geschehen in der Natur Wirkung einer Ursache ist, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen haben und umgekehrt und daß auch der Mensch selbst eingegliedert ist in dies erhabene Wechselspiel. Warte ich nicht,

bis ein blinder Zufall mir die Nahrung des Lebens zuträgt, sondern schaffe ich die Ursachen, aus denen als Wirkung Nahrung erwächst, beseitige ich immer mehr die Ursachen, deren Wirkungen das Wachsen meiner Nahrung hindern oder hemmen, — mache ich bewußt Getreide und Vieh wachsen, indem ich Ackerbau und Viehzucht treibe und diese vor schädlichen Einflüssen sichere, dann beseitige ich eine Reihe von Ursachen tiefsten Menschenleides, indem ich das Hungergespenn immer mehr verdränge.

Bau ich mein Haus und schaffe ich mir Kleider, lerne ich Naturkräfte in meinen Dienst stellen, die mir die drückende Schwere meiner Arbeit abnehmen, erfasse ich die Naturerscheinungen, die mein Dasein bedrohen, und finde ich Abwehrmaßnahmen wie den Blitzableiter gegen Blitzschlag, Dämme gegen Ueberschwemmungen, die notwendigen Einrichtungen gegen Feuergefahr, so habe ich tausend Ursachen beseitigt, aus denen als Wirkungen schweres Lebensleid erwächst.

Schreitet die Wissenschaft vorwärts und erkennt, wie dies in den letzten Jahrhunderten geschehen ist, daß auch viele früher nicht sahbare Feinde und Verursacher namenlosen Leides keine blindwütigen Strafen für den Menschen sind, sondern bestimmte natürliche Ursachen und Erreger haben, wie etwa die Krankheiten, stellt die Wissenschaft die einzelnen Erreger, die Bazillen und ihre Entwicklungsbedingungen fest, so werden nicht nur die Krankheiten und ihr Elend wirksam bekämpft, es werden ihre Ursachen unmöglich gemacht und die Entstehung furchtbaren Menschenleides von vornherein verhindert. Noch im Mittelalter wurde die Menschheit von der „Gottesspeiß“ der Pest rettungslos gepeinigt,

kräftigen Valuta einsetzt. Auf die Anfrage des Abg. Pögel antwortet der Minister, daß im Auftrage der deutschen Beamten angestellt sind. Hinsichtlich der Propaganda betont der Minister, daß zum vorwiegenden Teil ihre Ergebnisse der deutschen Bevölkerung der Republik zugute komme.

Hierauf wurde die Sitzung auf nachmittag halb 3 Uhr vertagt.

Nachmittagsitzung.

In dieser Sitzung wird zunächst die Debatte fortgesetzt. Als erster Redner sprach Wadel (tschechischer Nationaldemokrat), dann der Präsident des Bodenanwesens Dr. Vidlovsky. Hierauf Bonda (tschechischer Sozialdemokrat), dann Peterfilla (Christlichsozialer), welcher für die Aufrechterhaltung der Gesundheitsreform beim Vatikan eintrat, dann noch Bradel (tschechischer Agrarier) und Windisch (deutscher Agrarier), welcher Beschwerde führte, daß die Staatsbrüderkreise selbst beim Verkehr mit deutschen Parteien sich nur der tschechischen Sprache bedienen.

Abgeordneter Gen. Fischer beschäftigte sich mit den Ausführungen des Ministers Beneš, welcher erklärt hat, daß die Organisation des Ministeriums vollendet ist. Trotzdem werden für die Einrichtung der Repräsentationsräume neuerlich 250.000 K angefordert und ebenso für die Naturalwohnung des Ministers 250.000 K, der gleiche Betrag für diesen Zweck erscheint schon in den Vorschlägen 1920, 1921 und 1922, also schon zum vierten Male. Trotz Auflassung einer Anzahl überflüssiger Gesundheitsämter und Konsulaten werden 15 Millionen Kronen für Instandsetzung und Einrichtung angefordert. Wir verlangen, daß die Gesundheitsämter beim Vatikan aufgelassen und die Agenden derselben von der im Lurinal bestehenden Gesundheitsämter übernommen werden. Die Verminderung der Ausgaben des Ministeriums steht mit der Steigerung des Kronenwertes im schärfsten Gegensatz. Der persönliche Aufwand allein beträgt 115 Millionen Kronen. Trotzdem werden für Ueberziehungshonorare noch 749.000 K ausgeworfen und an Stipendien für ausländische Zeitungen 500.000 K, für Propagandazwecke erscheinen 11,5 Millionen Kronen ausgeworfen. Mit diesen Beträgen wird die Regierungspresse gefüttert und durch gefügige Journalisten und Lobredner der Regierung das Ausland über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates und die bestehenden scharfen nationalen Gegensätze hinweggeleitet. Diese Gelder sollten einem nützlicheren Zwecke zugeführt werden, denn alle Schönfärberei nützt nichts und das Ausland muß unsere wirtschaftliche Notlage mit jedem Tage mehr erkennen lernen, je stärker sich der Strom der Auswanderer aus der Slowakei und den deutschen Industriegebieten in das Ausland ergießt. Die Schiffe tschechischer Soldaten in deutschen Städten machen das Ausland immer wieder auf die ungelösten nationalen Probleme dieses Landes aufmerksam. Dr. Beneš erklärte, daß die Auslandspropaganda auch im Interesse der deutschen Arbeiter betrieben werde. Wir bedanken uns für diese Propaganda und für die Rechtfertigung einer Politik, die sich auf den Gewaltfrieden von St. Germain gründet und wünschen anstatt dessen eine Auslandspropaganda, durch welche der tschechische Staat nicht als Sieger, sondern Deutschland und Oesterreich gegenüber als freundschaftlicher und hilfsbereiter Nachbar auftritt. Eine solche Politik liegt nicht nur im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, sondern der ganzen Bevölkerung dieses Staates. Genosse Fischer verweist weiter darauf, daß für das Bodenanwesen „Rohöl“ ein Verwaltungsgebäude für 13 Millionen Kronen angekauft wurde, während die parlamentarische Erforschungskommission dies entschieden abgelehnt hat. Er stellt weiter an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob sich die gesamte Regierung in ihrer Stellung zur Kriegsanleihe mit der gefügigen Erklärung des Finanzministers identifiziere.

Hierauf sprach Dr. Medvecký, sodann

Ministerpräsident Švebla, der es begrüßte, daß in der Debatte von allen Seiten Kritik geübt wurde, allerdings sei Voraussetzung für jede Kritik der gute Wille zur Mitarbeit und zur Verbesserung und Vervollkommnung der Verhältnisse. Man müsse immer daran denken, daß es sich nicht nur darum handelt, einen neuen Staat aufzubauen, sondern daß auch das sehr schwere Problem der Nachkriegskatastrophe zu lösen sei. Selbst Staaten mit alter Tradition, die nicht vor dem Problem der konstruktiven Schöpfung des Staates stehen, kämpfen mit großen Schwierigkeiten gegen die Gefahren der Nachkriegskrise an. Es sei daher kein Wunder, daß ein Staat, der diese beiden Probleme gleichzeitig lösen muß, schwer zu kämpfen hat, und man müsse daher jede Hilfe und jede Mitarbeit an dem Aufbau des Staates nur begrüßen. Bei allen Problemen werden wir uns aber zunächst nach der unbedingten Notwendigkeit richten, unseren Staat sicherzustellen. Bei der Beurteilung des Staates und der Regierung sind hier wiederholt Ansichten aufgetreten, wie sie den Ansichten gegenüber den Regierungen der alten monarchistischen Staaten entsprachen. Das ist selbstverständlich, denn wir sind alle aus dieser Zeit hervorgegangen und es ist nicht möglich, daß der Sinn für Demokratie über Nacht unser Eigentum werden kann. Es ist doch ein großer Unterschied zwischen einer Regierung Seiner Majestät, die dem Parlament nicht verantwortlich war und solange regiert hatte, als sie die Huld Seiner Majestät genoß, und zwischen der Regierung, die wir haben, die dem Parlament verantwortlich ist und durch eine bloße Abstimmung der Kammer beseitigt werden kann. Diese Ansicht der Vergangenheit zu vergessen, ist die Voraussetzung, um objektiv und ruhig irgendeine Maßnahme der jetzigen Regierung beurteilen zu können. Das gilt von allen Parteien, sei es von den Regierungs- oder Oppositionsparteien. Wir müssen uns also gewöhnen, daß

zur Verbesserung und Vervollkommnung der Verhältnisse. Man müsse immer daran denken, daß es sich nicht nur darum handelt, einen neuen Staat aufzubauen, sondern daß auch das sehr schwere Problem der Nachkriegskatastrophe zu lösen sei. Selbst Staaten mit alter Tradition, die nicht vor dem Problem der konstruktiven Schöpfung des Staates stehen, kämpfen mit großen Schwierigkeiten gegen die Gefahren der Nachkriegskrise an. Es sei daher kein Wunder, daß ein Staat, der diese beiden Probleme gleichzeitig lösen muß, schwer zu kämpfen hat, und man müsse daher jede Hilfe und jede Mitarbeit an dem Aufbau des Staates nur begrüßen.

Bei allen Problemen werden wir uns aber zunächst nach der unbedingten Notwendigkeit richten, unseren Staat sicherzustellen. Bei der Beurteilung des Staates und der Regierung sind hier wiederholt Ansichten aufgetreten, wie sie den Ansichten gegenüber den Regierungen der alten monarchistischen Staaten entsprachen. Das ist selbstverständlich, denn wir sind alle aus dieser Zeit hervorgegangen und es ist nicht möglich, daß der Sinn für Demokratie über Nacht unser Eigentum werden kann. Es ist doch ein großer Unterschied zwischen einer Regierung Seiner Majestät, die dem Parlament nicht verantwortlich war und solange regiert hatte, als sie die Huld Seiner Majestät genoß, und zwischen der Regierung, die wir haben, die dem Parlament verantwortlich ist und durch eine bloße Abstimmung der Kammer beseitigt werden kann. Diese Ansicht der Vergangenheit zu vergessen, ist die Voraussetzung, um objektiv und ruhig irgendeine Maßnahme der jetzigen Regierung beurteilen zu können. Das gilt von allen Parteien, sei es von den Regierungs- oder Oppositionsparteien. Wir müssen uns also gewöhnen, daß

in der Demokratie keine Majorität ein Patent

darauf hat, daß sie noch morgen eine Majorität sein wird, und daß keine Opposition weiß, ob sie nicht morgen die Verantwortung für die Regierung übernehmen müssen. Und es wäre nur gesund, wenn mit dieser Tatsache jede Partei rechnen würde.

Der Ministerpräsident beantwortet dann verschiedene Anfragen. Was

die Bodenreform

anbetrifft bemerkt er, daß diese in der Tschechoslowakei in einem Umfang und mit einer Intensität durchgeführt worden sei, wie nirgends anderswo. Es gab keine Analogie, wir mußten alles aus dem eigenen schaffen und es ist daher kein Wunder, wenn wir in vielen Fällen auf Schwierigkeiten gestoßen sind. Das kann aber die Wichtigkeit dieser Reform nicht verkleinern, die so unentbehrlich und wichtig ist wie keine andere. Der Boden dem Volke, das ist der Zweck, den die Reform durchzuführen hat, und heute können wir sagen, daß wir schon so weit sind, daß wir die Anfangsschwierigkeiten überwunden haben und daß wir auch wissen, was wir noch zu machen haben. Was den

amtlichen Nachrichtendienst

betrifft, macht der Ministerpräsident darauf aufmerksam, daß das tschechische Pressbureau aus einer Provinzialstelle von geringer Bedeutung zu einem großen Berichterstattungsamt ausgebaut wurde. Er gibt zu, daß noch verschiedene Mängel bestehen, aber es werde zielbewußt an ihrer Beseitigung gearbeitet. Von verschiedenen Seiten wurde bemängelt, daß der Staat zu viel Geld für Propaganda auslegt.

So wie jedem Einzelnen steht auch dem Staate mindestens das Recht zu, sich zu wehren, und uns fällt es gar nicht ein, dieses Recht irgendwie verheimlichen zu wollen. Im übrigen ist es aber auch aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, auf die Tschechoslowakei aufmerksam zu machen, damit durch die Hebung des Touristen-

verkehrs und des Bäderbesuches der Bevölkerung neue Einnahmequellen zufließen.

Auf eine Anfrage des Abg. Taub antwortet der Ministerpräsident, daß er es sich angelegen sein lassen werde, die Frage des mährischen Verwaltungsausschusses zu erledigen. Was

die Ereignisse in Freudental

betrifft, erklärt der Ministerpräsident, daß die Regierung diese tief bedauere und ihr tiefstes Mitgefühl darüber ausdrücke, daß ihnen ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Die Regierung versichert, daß der Vorfall streng nicht bloß durch die Zivil- und Militärbehörden untersucht, sondern auch administrativ nachgeforscht wird, um festzustellen, ob die berufenen Faktoren irgendwelche Präventivmaßnahmen unterlassen haben, wodurch sie die traurige Angelegenheit hätten vermeiden können. Die Regierung bedauert diese Ereignisse schon deshalb, weil in Freudental bisher ein sehr freundschaftliches Verhältnis zwischen den zivilen und militärischen Kreisen geherrscht hat.

Arbeitslosendemonstration in der Heinrichsgasse

erklärte der Ministerpräsident auf eine Anfrage des Kommunisten Dubnil, daß die polizeilichen Maßnahmen nur erfolgt seien, um die Bestimmungen des § 75 der Geschäftsordnung einzuhalten, wonach zurzeit der Tagung des Parlaments eine Volksversammlung im Umkreis von einem Kilometer vom Parlament nicht gestattet wird. Zum Einschreiten der Polizei sei es erst gekommen, als gegen die Wachmannschaft mit Handwagen vorgegangen wurde. Im vorliegenden Falle habe die Wache nur ihre Schuldigkeit getan, indem sie verhindert, daß die parlamentarischen Verhandlungen gestört werden.

Auf die Anfrage des Abg. Burival antwortete der Ministerpräsident, daß der bisherige Vorgang bei der Aufnahme von Staatsangehörigen und Beamten nur provisorisch sei für die Zeit des Bedarfs und den Zweck habe, die Aufnahme von Arbeitskräften zu regeln, damit nicht auf der einen Seite Ueberfüllung und auf der anderen Seite ein Mangel von Kräften im Staatsdienste herrsche.

Auf die Anfrage des Genossen Fischer bezüglich der Kriegsanleihe erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung bis jetzt einen neuen Standpunkt nicht eingenommen habe.

Nach Beendigung der Debatte wird die Sitzung um halb 7 Uhr vertagt.

Inland.

Änderung des Geschworenengesetzes. Wie das „Ceské Slovo“ erfährt, wird im Justizministerium eine Änderung des Geschworenengesetzes vorbereitet. Einerseits wird die Anzahl der Geschworenen von zwölf auf sechs herabgesetzt, andererseits werden neue Bestimmungen hinsichtlich der Eigentumsdelikte getroffen. Schließlich kommt es zu teilweisen Änderungen in Preßsachen, die in Zukunft vor die Geschworenengerichte gelangen sollen.

Der neue bayrische Ministerpräsident.

München, 6. November. (Wolff.) In der heutigen Vollversammlung des bayrischen Landtages wurde von Knilling zum Ministerpräsidenten gewählt. Von 143 abgegebenen Stimmzetteln lauteten 86 auf Knilling, 54 waren unbeschrieben. Von Knilling hat sich zur Uebernahme des Amtes bereit erklärt und wird sein Regierungsprogramm in der morgigen Vormittagsitzung des Landtages darlegen.

Telegramme.

Das Wiederaufbaugesetz im österreichischen Nationalrat.

Wien, 8. November. Die erste Lesung des Wiederaufbaugesetzes in der Sitzung des Nationalrates wurde heute beendet. Der Obmann der sozialdemokratischen Vereinigung, Präsident Seich, erklärte, es sei begreiflich, daß die christlichsozialen Parteien verpflichtet ist, die verbrecherische Tat ihres Führers zu rechtfertigen. Bundeskanzler Dr. Seipel habe Oesterreich verkauft und den Ton angegeben für die Vertreibung und Vertilgung nicht nur Oesterreichs, sondern des ganzen deutschen Volkes. Wenn jetzt beabsichtigt wird, dem ganzen Deutschen Reich die Kontrolle aufzuerlegen, die Oesterreich auferlegt werden wird, dann erkennt man erst das Verbrechen, das Bundeskanzler Seipel begangen hat. Dann weiß man erst, daß es sich nicht um ein kluges diplomatisches Spiel gehandelt habe, sondern daß Bundeskanzler Seipel als Versuchssalon benützt worden sei, um zu prüfen, was man Deutschland zumuten könne. Bei den Ausführungen des Abgeordneten Seich verließen die christlichsozialen und großdeutschen Abgeordneten den Saal.

Die Regierungsvorlage über das Wiederaufbaugesetz und das Reform- und Ernüchterungsprogramm wurde dem Finanzausschuß zugewiesen, der noch heute zusammentrat.

Die nächste Sitzung des Nationalrates wird auf schriftlichem Wege einberufen werden, sobald der Finanzausschuß seine Arbeiten beendet hat.

Vermögensabgabe — „Kommunismus“.

London, 7. November. (Tsch. P. B.) Der neue Kriegsminister Lord Derby sagte in einer Rede in Liverpool, die von der Arbeiterpartei beantwortete Vermögensabgabe sei nur der erste Schritt zum Kommunismus. Die logische Folge einer solchen Politik würde sein, daß England in die gleiche Lage käme wie Rußland.

Der tschechische Unterchef.

Rom, 8. November. (M.) Der ehemalige Generalsekretär der Faschisten, Michele Bianchi, ist zum Generalsekretär des Ministeriums des Innern ernannt worden.

Aufstand in Lissabon?

London, 8. November. Reuter meldet aus Lissabon: Am 6. d. abends erfolgten zahlreiche Bombenexplosionen, angeblich im Zusammenhang mit einer aufständischen Bewegung. Die Unruhen wurden unterdrückt. Die Regierung scheint die Lage zu beherrschen.

Der Warschauer Vertreter Sowjetrußlands abberufen.

Warschau, 8. November. Wie das Abendblatt des „Kurjer Warszawski“ meldet, hat die Sowjetregierung ihren Warschauer Vertreter, Obolenski, nach Moskau abberufen. Gleichzeitig hat die polnische Regierung ihren Charge d'affaires in Moskau Herrn Knoll nach Warschau beordert.

Die Eröffnung des polnischen Parlaments.

Warschau, 8. November. In der heutigen Sitzung des Ministerrates wurde beschlossen, daß die erste feierliche Eröffnung des neuen Sejm und Senates am 28. November stattfinden solle.

Eröffnung der Brüner Produktendörfer.

Brünn, 8. November. Heute vormittag wurde die Brüner Produktendörfer in feierlicher Weise eröffnet.

während sie heute wenigstens in Europa als dauernd niedergelassen bezeichnet werden kann. Wissenschaft und Arbeit haben alle Vorkehrungen getroffen, um sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Sogar der Tod selbst ist schon zurückgedrängt worden, indem durch die hygienischen Erzeugnisse das Durchschnittsalter des europäischen Menschen von 35 auf 42, in Norwegen sogar auf 45 Jahre erhöht wurde.

Freilich schwingen noch immer „Gottesgeißeln“ furchtbare Art über unseren Häuptern. Kriege und sogar Hungersnöte, Seuchen wie die schier unaussprechbare Tuberkulose und Syphilis, — wir haben sie noch immer nicht von der Erde verbannt. Aber wir kennen schon ihre Ursachen und an uns liegt es, diese endlich aus der Eine der größten und zukunftsverheißendsten Erkenntnisse der heutigen Zeit sagt uns, daß fast alle Leiden des einzelnen Menschen (mit Ausnahme der durch Naturkatastrophen hervorgerufenen) gesellschaftlich verursacht oder wenigstens mitverschuldet sind. Jede Unstimmigkeit der Gesellschaftsordnung hat namenloses Leid für Millionen Menschen zur Folge. Fallen blühende Menschenleben unter Qualen von Gas- und Flammenverfäulnis auf den Schlachtfeldern, so trifft die Schuld die Gesellschaftsordnung, die die tierischen Auseinandersetzungen noch nicht überwunden hat, ja sie sogar künstlich erzeugt, weil dies im Interesse der bombensicheren Machtübertragung liegt. Ist Tuberkulose die unentrinnbare Krankheit des Proletariats, so ist diese Gesellschaftsordnung die Ursache, die Millionen Menschen zwingt, bei unzureichender Nahrung unter schädlichsten hygienischen Verhältnissen und dabei in aufreibender Arbeit zu leben. Gibt es noch immer Hungersnöte, so sind sie Folgen von Kriegen oder

von Profitinteressen der Grund und Boden und alle Produktionsmittel festhaltenden Kapitalistenklassen, die lieber unentbehrliche Lebensmittel vernichten, ehe sie auf ihre großen Gewinne verzichten. Und ist trotz aller Kulturereignisse die Lebenssicherheit der übergroßen Mehrzahl von Menschen heute noch nicht wesentlich höher als in Urzeiten, wissen Millionen Arbeiter heute oft nicht, ob sie morgen den notwendigen Bissen Brot für sich und ihre Familie haben werden, weil sie bedenkenlos auf die Straße geworfen werden, wenn ihre Arbeit nicht genug Profit abwirft, — so weiß heute aber auch schon fast der letzte Arbeiter, daß dies furchtbare Leid, die völlige Lebensunsicherheit des Proletariats, ihre Ursache nur in der Klassenordnung dieser Gesellschaft hat.

Aber nicht nur in diesem „Matericklen“, auch in „rein geistigen“ Dingen trägt die Gesellschaftsordnung schuld an schwerem Menschenleid. Tausend schreckhafte Vorstellungen peinigten noch Millionen lebensverängelter Menschen, die sich durch Gesellschaftsbedingungen oder auch unverständliche Naturscheinungen ständig bedroht fühlen, weil sie in der Klassengesellschaft ausgeperrt sind von den erleuchtenden und lebensbefreienden Gaben der Wissenschaft und Kunst. Wie viel Herzleid erzeugt diese Gesellschaft, die Eltern und Kinder, Liebende und Geliebte zu Schritten und in Verhältnisse zwingt, aus denen nichts anderes als Qual oder Untergang erwachsen kann? Wie viel „Gefallene“, „Verlorene“, gesellschaftlich durch Kerker Geächtete züchtet diese Gesellschaft, da sie die Not von Millionen braucht, um in ihrer Art bestehen zu können! Wieviel verbitterte und verzweifelte Leben verschuldet diese Gesellschaft, die der Mehrzahl der Menschen

nicht durch Erziehung entsprechend ihren Veranlagungen und durch organische Einreihung in die Arbeitsscharen die Möglichkeit bietet, ihr Leben den Kräften entsprechend auswirken zu lassen und damit die höchste Befriedigung, die Selbsterfüllung, zu finden, sondern sie durch Unterdrückung und äußerlichen Berufszwang nötigt, innerlich und äußerlich lebenslang Sklave fremden Willens oder gar fremden Profits zu werden!

Einer der Leisefas des neuen Menschengestes im Kampf gegen das Leid ist dieser: Nicht nur Leiden mildern, die Menschen schon peinigten, also nicht bloße Wohltätigkeit, sondern hauptsächlich Beseitigung aller Ursachen des Menschenleides!

Da die Ursachen zum großen Teil in der Gesellschaftsordnung liegen, ist diese menschenfeindlich und muß von Grund auf durch eine neue Gesellschaftsordnung ersetzt werden. Die Geschichte der menschlichen Kultur und auch schon die kurze Geschichte des proletarischen Aufstiegs zeigt uns, wie weit das Menschenleid schon zurückgedrängt werden konnte. Welch leidigepeinlicher, kaum Mensch zu nennender, zum Tier erniedrigter Arbeitsklave war der Arbeiter noch vor hundert Jahren, Welch aufrechter, lebensfroher und selbstbewußter Kämpfer ist er schon heute! Er wird die neue Gesellschaftsordnung aufbauen und so einrichten, daß der Mensch nicht das Mittel, nicht das mißbrauchte Opfer einer die Gesamtheit marrierenden Klasse, sondern daß die Gesamtheit aller das Mittel zur Erhöhung jedes einzelnen ist. Und dies ist nur in der wahren Gemeinschaftsordnung, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich.

Die Wissenschaft bringt das geistige Süß-

zeug, daß sie möglich, das Proletariat seine vereinigte Kraft, daß sie wirklich werde

Daß diese Menschenordnung keine Erschlaffung der Geschlechter zur Folge haben wird, sondern im Gegenteil erst ihre ganze Entfaltung, auch dies weiß schon die Wissenschaft, die nicht das Leid, das heißt den unüberwindbaren Widerstand, sondern den überwindbaren Widerstand, der die Kräfte anspannt und zur Entfaltung bringt, für nötig erkennt. Daß dieser aber da sein wird, zeigt uns das Leben im ganzen All, das ja nichts anderes als das erhebende, wundervolle Wirken von Kräften und Widerständen ist und, dessen mischwingendes Glied zu sein, des Menschen bewußtes Glück werden wird.

Die Vorstellung der jenseitigen Erlösung vom Leid weicht immer weiter zurück vor dem klaren Gedanken der Selbsterlösung, der Selbstbefreiung vom Leid durch Arbeit und Wissenschaft.

Wenn noch im Jahre 1891 der Papst Leo XIII. zur Ermahnung der Arbeiter, die nicht länger auf Erlösung warten wollen, zu sagen den Mut hatte: „Leiden und Dulden ist einmal der Anteil unseres Geschlechtes... Die Gesellschaft wird niemals frei von großer Plage sein“, so hat er für diese heutige Gesellschaftsordnung recht, in der eben die Leidverminderung für wenige Machthaber nur auf Kosten unermesslichen Leides von Millionen Menschen möglich ist. Aber diese Gesellschaftsordnung ist schon im Wanken. Die Wissenschaft und das Proletariat schreiten über Papst und Gesellschaftsordnung hinweg.

Tages-Neuigkeiten.

Der „Idealist“ Warmbrunn als Gehilfsmann.

Nach den Darstellungen des Kulturverbandes, hat der kommunistische Weg Warmbrunn durch drei Jahre neben seinen Dänen doppelte Bezüge als Lehrer eingestrichen.

Im Abgeordnetenhaus hielt der kommunistische Abgeordnete Warmbrunn eine Rede, in der er mit dem ihm eigenen falschen Pathos ansprach: „Erstrecken Sie nicht, meine Herren, der kommunistische Mensch wird kommen“. Es erschallt wildes Lachen. Aber der kommunistische Weg braucht nicht erst zu kommen. Er ist schon da in der Person des Herrn Warmbrunn selbst, wie nachstehende Mitteilung, welche der deutsche Kulturverband verbreitet, beweist.

Herr Warmbrunn war im Schuljahre 1907—1908 Prov. Lehrer zweiter Klasse in Schönbrunn bei Politzschka, seit 15. September 1909 Prov. Lehrer des Deutschen Schülervereines in Prag. Am 15. September 1910 wurde er vom Deutschen Schülerverein übernommen und erhielt, am 20. Juli 1911 das Definitivum. Am 1. Jänner 1920 trat er in den Dienst des deutschen Kulturverbandes, wurde aber krankheitshalber bei Urlaub. Im Mai 1920 wurde er zum Abgeordneten gewählt, blieb weiter beurlaubt, und erhielt die vollen Bezüge. Er erhielt alle Lehrerzulagen, Aufschaffungsbeiträge und Notauschüssen, insgesamt 16664 K jährlich. Im März 1921 machte Herr Warmbrunn dem Kulturverband den Vorschlag, ihm den dreifachen Jahresgehalt also rund 48.000 Kronen als Abfertigung zu gewähren, wofür er auf alle Ansprüche gegen den Kulturverband und den Deutschen Schülerverein verzichtete. Der Kulturverband ging auf den Antrag Warmbrunns ein und zahlte ihm den Betrag in zwei Raten aus.

Nachträglich erfuhr der Kulturverband, daß sich Warmbrunn schon im Jänner oder Feber 1921 um eine freigewordene Lehrerstelle an der öffentlichen Schule in Ober-Lipta bei Grulich beworben hatte. Sein Besuch wurde bereits am 17. Feber 1921 vom Bezirkslehrer in Zentenberg dem Landeschulrat vorgelegt und am 20. Juli 1921 erfolgte seine Ernennung für Ober-Lipta. Er ist seit dem Oktober 1921 Lehrer an einer öffentlichen Schule, als Abgeordneter beurlaubt und steht im Genuss seiner vollen Bezüge. Seine ganze im Privatdienste zugebrachte Dienstzeit wurde ihm angerechnet, wodurch seine Bezüge bedeutend erhöht wurden. Von allen diesen Dingen erfuhr der Kulturverband erst im Jahre 1922 und beauftragte im März 1922 den Dr. Krieg, von Warmbrunn die Rückzahlung der Abfertigung zu verlangen. Warmbrunn lehnte jede Rückzahlung entschieden ab. — Wenn diese Darstellung des Kulturverbandes richtig ist, so ergibt sich, daß Warmbrunn vom Kulturverband die Auszahlung einer Abfertigung von 48.000 K erreichte, nachdem er sich vergewissert hatte, eine Lehrerstelle an einer öffentlichen Schule zu erhalten. Er hat es also verstanden, sich für ungefähr drei Jahre neben seinen Dänen als Abgeordneter die doppelten Bezüge zu sichern. Behauptet wird, daß Warmbrunn selbst oder durch seine kommunistischen Freunde beim Landeschulrat hatte intervenieren lassen, damit er die Stelle an der öffentlichen Schule erhalte, und es wird ferner behauptet, daß er derzeit daran ist, sich eine Stelle als Bezirksinspektoren zu sichern.

Wenn die Behauptungen des Kulturverbandes richtig sind, hat Herr Warmbrunn, der im Bezüge der Abgeordnetenämter und des Gehaltes als Lehrer des Kulturverbandes stand, sich um eine Stelle als Lehrer an einer öffentlichen Schule beworben, obwohl er genau weiß, daß es zahlreiche stellenlose Lehrer gibt, und er hat sich für drei Jahre die Bezüge doppelte auszahlen lassen. Wenn die weiteren Nachrichten richtig sind, so benützt er sein Abgeordnetenmandat, um für sich persönliche Vorteile zu erringen. Wir werden nun abwarten, was der „Idealist“ Warmbrunn zu diesen schweren Anschuldigungen zu sagen hat.

Wieder eine dunkle Geschichte. In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses wurde die Regierungsvorlage betreffend die Förderung des mährischen Aarjes, der Majocha, erörtert. Nach der Vorlesung soll die Ausleihung und der Schutz der Böden einer Aktiengesellschaft überlassen werden. An dem Aktienkapital beteiligen sich die einheimischen öffentlichen oder gemeinnützigen Korporationen mit wenigstens 50%. Die Aktiengesellschaft unterwirft sich einer staatlichen Barhauffichtskommission. Diese sehr problematische Lösung der Frage entspricht einerseits der Eitelkeit, die Majocha zu einer auch vom Auslandes vielbeachteten Weltberühmtheit zu gestalten, andererseits aber dem Bestreben, dabei ein Geschäft zu machen, zu welchem der Staat 30 Millionen Kronen borgen soll. Bezeichnend war, daß sich der Handelsminister Ing. Novak sehr warm für die Vorlage aussprach. Noch bezeichnender aber ist die Tatsache, daß die Aktiengesellschaft — schon besteht! — Welche Politiker mögen wohl an diesem dunklen Geschäft beteiligt sein?

Die Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindestube. Aus Reimerich wird uns geschrieben: In der Parteiverammlung vom 4. d. M. in der Ebeneinsolation in Reimerich wurde der Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindestube erstattet. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß unsere Genossen in der Gemeindestube stets bestrebt waren, die Gemeindegemeinschaft zugunsten der ärmeren Bevölkerung zu beeinflussen und Notstandarbeiten zu erwirken, damit die Arbeitslosen Arbeit und Brot erhalten. Sie wiesen den bürgerlichen Stadtvätern den Weg, der betreten werden mußte, wenn die Interessen

der schaffenden Bevölkerung nur einigermaßen Berücksichtigung finden und die Vereinerungen der Bürgerlichen keine hohle Phrase bleiben sollten. An den Bericht schloß sich eine Debatte an, die zum einhelligen Beschluß folgender Resolution führte: „Die Versammlung nimmt den Tätigkeitsbericht unserer Gemeindefraktion zur Kenntnis, billigt ihr Wesen und Verhalten in der Gemeindestube und spricht ihnen ihr volles Vertrauen aus. Dagegen verurteilt sie das Verhalten der bürgerlichen Gemeindevorteiler, die jede Gelegenheit benützen, um die sozialdemokratischen Anträge niederzukommen. Sie verurteilt insbesondere die böswillige Kampfesweise des Konig, Friediger unseren Genossen gegenüber. Würde dieser in Christo gefallne Herr an seine feinerzeitige Funktion in der Invalidenfürsorge denken, so müßte er sich darüber klar sein, daß er am wenigsten berufen sei, über uns zu reden. Durch seine Kampfesweise niedriger Art beweist der Gefallne nur, daß der Materialismus völlig überflüssig, arbeiterfeindlich und selbst für die Religion schädlich ist.“ Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. — Am gleichen Abend fand im Hotel „Schwan“ eine von den Kommunisten einberufene Versammlung statt, die aber für die Kommunisten verhängnisvoll ausfiel. Trotzdem sie in großen Letztern anfeindigten, daß ein in Ausland gewesener Kommunist namens Gärtn er referieren wird, sondern sich nur wenige Leute ein, obwohl auch die Gelben für die Versammlung agitiert hatten.

Die Schlacht „am Balkan“ bei Jaroměř. Unter diesem Titel wird der „Prager Abendzeitung“ aus Jaroměř bei Pilsen berichtet: In Jaroměř steht auf der Straße bei den Pilsener Garnisonen ein arg verunreinigtes Galdbau „Am Balkan“, in welchem vornehmlich Militär aus den Garnisonen Pilsen und Jaroměř und stehende Wachen verkehren. Vorigen Sonntag fand dortselbst wieder Tanzmusik statt, bei welcher eine Rauferei entstand. Wegen eines Mädchens kam es zwischen den ukrainischen Soldaten und Soldaten aus der Slowakei zu einer wahren Schlacht, bei welcher auf beiden Seiten je 40—50 Verwundeten, zwei Tote und ein Dutzend Verletzte blieben auf dem Platze. Die Einrichtung der Gastwirtschaft ist dekarri demoliert, daß weder ein Glas noch eine Kerntafel ganz geblieben ist. Mit Tisch und Stühlen, Gläsern, Flaschen, Brettern, Messern, Soldaten und 5 St. Steinen gingen die Raufenden einander zu Leibe, auch ein vorüberfahrender Fuhrmann und ein Radfahrer erhielten seltene Hiebe. Polizei, Gendarmen und die erste Militärpatrouille waren ganz ohnmächtig. Erst als Alarm geblasen und eine starke Militärwache einschreiten konnte, wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen. Eine Anzahl der „Kriegsteilnehmer“ wurde „entbunden“ und in sichere Verwahrung genommen.

Von der extremen Gruppe der Belgrader Universitätslehre wurde bereits seit längerer Zeit eine Aktion zur Erlangung der Begnadigung des bosnischen Arbeiters Mesjovic eingeleitet, welcher wegen Tötung eines Gendarmen gelegentlich des vor zwei Jahren stattgefundenen Streikes in Bosnien zum Tode verurteilt wurde. Als die Gruppe am letzten Sonntag eine Protestversammlung gegen den bevorstehenden Vollzug der Todesstrafe abzuhalten beabsichtigte, verfügte der Rektor Gabrielović die Schließung der Universitätsbibliothek. Die Studenten beschloßen hierauf zum Zeichen des Protestes gegen diesen Eingriff in das Autonomiegebiet der Universität einen 24 stündigen Streik. Montag vormittags versammelten sich die Studenten in größerer Zahl im großen Saal der Universität, um in einem Appell an den Universitätsrat dem Rektor Gabrielović das Recht auszusprechen. Im Verlauf der Versammlung kam es indessen zwischen extremen und nationalistischen Studenten zu erregten Auseinandersetzungen, da sich letztere gegen den Streik und gegen das Währungsverbot für den Rektor erklärten. Die Versammlung orientierte schließlich in eine Schlichtung, wofür er nach einiger Zeit durch das Eingreifen ruhigerer Elemente ein Ende gefasst wurde. Eine besondere Bereitwilligkeit hatte das Erscheinen zweier Gendarmen im Universitätsgebäude hervorgezogen, welche jedoch am Verlassen des Universitätsbodens veranlagt wurden.

Der Fortschritt der jüdischen Volksschule unter dem sozialistischen Regime. Entgegen allen Verteilungen, die jetzt von bürgerlicher Seite während des Wahlkampfes in Zahlen über die Sozialdemokratie verbreitet werden, wirkt das Urteil eines nicht sozialdemokratischen Schuldirektors über die Aufbaubarkeit der sozialistischen Regierung in den letzten zwei Jahren wie eine freimütige Anerkennung des gegnerischen Könnens und Bewusstseins. So dankte in einer öffentlichen Wählerversammlung in Bar-ha Schuldirektor Bruid dem Justizminister Zeigner dafür, daß er Hervorragendes in der Demokratisierung der Justiz geleistet hat. Weiter betonte der Herr Schuldirektor, der doch etwas von den Dingen verstehen muß, daß von der sozialistischen Regierung bei dem Ausbau der Volksschule geradezu Riesensfortschritte gemacht worden sind, die für das übrige Reich einzig und vorbildlich darstellen. Und der Freiburger Bezirksschulratverein schreibt an die sozialdemokratische Fraktion, daß er erneut die beschämende Tatsache feststellen muß, daß die beiden Reichsparteien (bei Beratung des Schulbedarfes) wie bei früheren Vorlagen, so auch diesmal nichts zur einen zeitigen Ausbau unseres Volksschulwesens getan haben. Den Linksparteien dankt der Verein besonders. — Wegen dieses vorbildlichen Verhaltens wollen alle bürgerlichen Parteien die sozialistische Regierung — stützen und mit Hilfe einer bürgerlichen Landtagsmehrheit, die in den letzten zwei Jahren durchgesetzten fortschrittlichen Gesetze und Regierungsmassnahmen junichte machen. Die Volks-

schule soll wieder, wie im alten Osterreichsstaate, das Abzuchtbrüdel unter den staatlichen Bildungsanstalten sein. Denn nach der bürgerlichen Ideologie braucht ja das Volk keine Bildung.

Kaiserliche Hoheit schmuggelt. Die „Arbeiterzeitung“ meldet, daß die ehemalige Erzherzogin Maria Immaculata in Wien eingetroffen ist, um die Wertgegenstände aus dem Schloß Wilhelminenberg ins Ausland zu schleppen. Wie das Blatt meldet, ist der Versuch dieser Schmugglerei von einem Arbeiterteiler aus Tapescht gebracht worden. Das Blatt fragt, welches österreichische Konsulat im Auslande die Einreise durch Bildung des Passes ermöglicht und welche Behörde in Wien eine Aufenthaltserlaubnis erteilt hat.

Anwachs der Luftstreitkräfte. Eine Zusammenstellung der Luftstreitkräfte der Großmächte im Jahre 1922 ergibt gegenüber dem Stande von 1921 folgendes Bild:

	Oktober 1921	1922
Frankreich	1722	2163
Italien	494	1282
Britannische Staaten	587	1229
Japan	541	1101
England	1048	1077
Zusammen:	4312	6852

In der Jahresfrist also eine Vermehrung um 50 Prozent. An der Spitze marschiert Frankreich, dessen Kriegsluftstoffe doppelt so stark ist, wie die eines anderen Alliierten.

Verlin räumlich die zweitgrößte Stadt der Welt. London ist immer noch bei weitem die größte Stadt auf der Erde. Mit seinen 7.3 Millionen Einwohnern überragt es die Hauptstadt der Vereinigten Staaten trotz deren sehr lebhaften Fortentwicklung vorläufig noch sehr beträchtlich. New York hat heute nicht mehr als 5.6 Millionen Einwohner. Wiederum in weitem Abstand folgen dann Paris und Berlin, die mit etwas mehr als vier Millionen Einwohnern fast genau gleichwertig sind. Reicht man diese vier Weltstädte nicht der Einwohnerzahl nach sondern in der Stufenfolge ihrer Gebietsgrößen aneinander, so ist Verlin räumlich nunmehr die zweitgrößte Stadt. London bedeckt 1790 Quadratkilometer, Berlin 878, New York 840, Paris 470 Quadratkilometer.

Letzte Nachrichten.

Wahlen in Amerika.

Paris, 7. November. Havas berichtet aus Washington zu den heute stattfindenden politischen Wahlen: Die Wahlen werden das erste Mal seit der Wahl des Präsidenten Harding der Meinung des Landes Ausdruck geben. Die Vereinigten Staaten haben 435 Abgeordnete zum Repräsentantenhaus, 37 Senatoren, 32 Staatsgouverneure sowie die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften in den verschiedenen Staaten zu wählen. Die Hauptrolle werde die Frage des Alkoholverbotes spielen. Von internationaler Bedeutung im Wahlkampf sei nur die Frage des Zolltarifes. Die Teilnahme am Völkerverbund und die interalliierten Schulden seien überflüssig in den Hintergrund getreten. Man hat sich hauptsächlich mit innerpolitischen Angelegenheiten beschäftigt.

New York, 8. November. (Havas.) In Staaten New York haben die Republikaner bei den gestrigen Wahlen eine vollständige Niederlage erlitten. Zum Gouverneur des Staates wurde der Demokrat Smith an Stelle des bisherigen Republikaners Miller gewählt. Zum Senator wurde der Demokrat Goylen gegen den Republikaner Calder gewählt. In Chicago schlugen die Demokraten die Republikaner im Verhältnis von 2 : 1.

Paris, 8. November. Nach dem in Washington bekannt gewordenen Wahlergebnisse steht es bereits fest, daß die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus einen Verlust von 35 Sitzen aufzuweisen wird, die den Demokraten zufallen. Der Wahlsieg der Demokraten, der ihnen die Majorität verschaffen dürfte, könne nur mit jenem Wahlsieg verglichen werden, den im Jahre 1920 die Republikaner davontrugen. Man könne annehmen, daß die Niederlage der Republikaner weitans empfindlicher sein werde als die Wahlverluste der Demokraten im Jahre 1920. Im Senate dürften die Republikaner fünf oder sechs Mandate verlieren und eine kleine Minorität behaupten.

Die Altemalisten für die Unabhängigkeit Ägyptens.

Paris, 7. November. (Havas.) Vertreter der Regierung von Ägypten haben in einer Unterredung mit einer Delegation der ägyptischen Nationalpartei teilgenommen, die Regierung von Ägypten erkannte England keinerlei bevorzugte Stellung im Niltales zu. Die Frage sei entsprechend den von der ägyptischen Nationalpartei aufgestellten Forderungen zu lösen. Die ägyptische Nationalpartei fordert die vollständige bedingungslose Unabhängigkeit der Niltales, verlangt, daß die Verteidigung des Suezkanals unmittelbar Ägypten übertragen werde und wird sich auf keine Verhandlungen mit England einlassen, solange es nicht durch Zurückziehung seiner Truppen die vollständige Unabhängigkeit des Niltales anerkannt hat.

Kleine Chronik.

63 Tote in Neilly.

Spangler (Pennsylvanien), 8. November. (Havas.) Aus der Kohlengrube in Neilly wurden bisher 63 Tote und 32 Verletzte geborgen. Es werden noch 12 Bergleute vermisst.

Zwei Frauen vom Schnellzug überfahren. In Dammersdorf bei Grlitz hat sich Sonntag abends in der siebenten Stunde ein entsetzliches Unglück abgespielt. Zwei Frauen, die noch den nach Grlitz abfahrenden und auf dem Bahnhof Dammersdorf haltenden Zug benützen wollten, zwängten sich durch die geschlossene Schranke, die auf der Staatsstraße Grlitz-Bunzlau angebracht ist. In diesem Augenblicke kam der Schnellzug von Grlitz herangebraut und überfuhr die beiden Frauen, die beide als entsetzlich verstümmelte Leichen geborgen wurden. Bei den Leichen wurden keinerlei Papiere gefunden, aus denen man die Persönlichkeiten der Toten hätte feststellen können.

Ein indischer Elefantentstamm. Von Colombo auf Ceylon ist jochen ein Tierfilm nach England gefahrt worden, dessen für Anfang Jänner geplanten Vorführung man in den Londoner Kinos mit besonderer Spannung entgegenfieht. Zum ersten Male werden hier dem Publikum nach der Natur aufgenommenen Szenen aus einem großen Elefantentraum gezeigt, das dadurch Gelegenheit erhält, den Gefahren als Augenzeuge beizunehmen, die der Mensch zu bestehen hat, um den Niesen der Tierwelt in seinen Dienst zu zwingen. In Zwischenräumen von drei bis sieben Jahren vermehren sich auf Ceylon die Herden der wilden Elefanten so, daß sie aus dem Dschungel austreten und das angebaute Land verwüsten. Man hat deshalb ein mehrere Acres umfassendes Stück des Dschungels eingezogen und hier die wilden Elefanten phantasiert. Der Film zeigt in fesselnden Einzelszenen das Treiben auf die Elefanten. Eine besondere Szenenfolge stellt eine Tragödie dar, deren Held Bilagaminna, der größte Elefant Ceylons, ist. Er war, nachdem er sich eine Zeitlang müdehaft im Straal betragen hatte, wild geworden und betätigte sich mehrere Tage lang als „Amokläufer“, wobei er seinen Wüter, der unter einem schwarzen Tuche verborgen, ihn zu erschrecken versucht hatte, tötete. Nachdem dies geschehen, überfiel den Niesen ober sofort die Neue über die im Jähorn verübte Tat. Er grub mit seinen Füßen eine tiefe Grube, ergriff mit dem Rüssel die Leiche des Trägers und bettete sie vorsichtig in das Grab, das er mit Laub überdeckte, während er die ganze Zeit tragende Töne ausstieß. Nachdem er darauf ein ganzes Feld mit Bananen leer gefressen hatte, wurde er von einem alten Treiber, der ihn früher gepflegt hatte, wieder zur Vernunft gebracht. Um das Tier zur Ruhe zu bringen, genügte es, daß der Treiber auf einen Baum kletterte und ihm alle Sinnsprüche weisete vorlas.

Ein Wahlgelübde. Es war am Abend der Wahlschlacht des Jahres 1906, die in England die konservativen Regierung Lord Salisbury kürzte und eine starke liberale Parlamentsmehrheit in Westminster zusammenzutreten ließ, als die liberalen Wähler des Dorfes Purghill im Wirtshaus in begeistertster Freude ihren Sieg feierten. Einer der übermütigen Bauern schlug mit der Faust auf den Tisch und, sich an einen schwefelhaften Mann wendend, der finster brütend in der Ecke saß, rief er ihm höhnend zu: „Das haben wir Euch Tories hübsch besorgt, Frederick Wilkin!“ Der erst Angesprochene starrte finster in seinen Bierkrug, schlug dann ebenfalls mit der Faust auf den Tisch und schrie heftig: „Ja, Ihr lieben Anwälte, Ihr könnt heut lachen, aber Euer Triumph wird nicht von langer Dauer sein. Bis zu dem Tage aber, an dem Ihr wieder aus der Regierung rausgeschmissen seid, werde ich nicht dalten, doch auch nur eine Strähne meines Haares abschneiden wird, oder ein Messer an mein Gesicht kommt.“ Das seltsame Gelübde hat Frederick Wilkin gehalten. Seit 16 Jahren hat er auf den Gebrauch der Schere und des Messers verzichtet. Ein wolkender Partistie über seine Prüft herab, und lange Haarsträhnen bedecken seine Schultern und geben ihm das Ansehen eines Patriarchen. Man kennt ihn in der Gegend nur unter dem Spitznamen „Biber“. Heute ist die konservativ Partei aus der Koalition ausgeschieden, und hat sich von allen Elementen, die der „Biber“ als „liberale Kanakeln“ kennzeichnet, getrennt; sie ist wieder im Besitz der Regierungsgewalt und rechnet auf einen Sieg bei den Wahlen. Dann ist auch der „Biber“ seines Gelübdes ledig. Seit zehn Tagen schon kann er seine Haare kaum unterdrücken. Man sieht ihn nicht mehr auf dem Felde, und Bughill dreht den Verlust einer Wahlwahrheit.

London wird kleiner. Eine Fülle von interessanten Tatsachen ergibt sich aus der neuesten Veröffentlichung der Londoner Bevölkerungsstatistik. Die Gesamtbevölkerung der „Grafschaft London“, die die eigentliche Stadt darstellt, betrug im Mittelalter vom 19. zum 20. Juli 1921 4.484.529 Seelen, eine Ziffer, die niedriger ist als die von 1911 mit 4.521.685 und 1901 mit 4.536.267. Die Bevölkerung der eigentlichen Stadt hat also in den letzten Jahren langsam abgenommen, aber dafür ist die Einwohnerzahl des „Äußerungs“, der nicht mehr zur Grafschaft gebührenden Vorstädte, beständig gewachsen: Sie betrug 1901 2.045.135, 1911 2.729.637 und 1921 2.995.678. Mit diesem Zuwachs der Vorstädte ist die Gesamtbevölkerung Londons doch gewachsen und beträgt jetzt 7.840.201 Seelen, also etwa 229.000 Seelen mehr als 1911. Am meisten hat die City an Einwohnern verloren. Die Zahl der männlichen Einwohner der „Grafschaft“ beträgt 2.071.579, die der weiblichen 2.412.941. Es sind also 341.955 Frauen mehr. Die Zahl der alleinlebenden Frauen im Alter von 20 bis 30 Jahren hat abgenommen, dagegen die der unverheirateten Frauen über 30 Jahre zugenommen. Man schreibt diese Erscheinung der zunehmenden Auswanderung der jüngeren alleinlebenden Frauen aus London zu. Das Durchschnittsalter der Einwohner von London ist höher als 1911. Hundertjährige gab es 16, davon nicht weniger als zehn Frauen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine Rede Radins im Budgetausschuß.

Bei den Verhandlungen im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hielt der Finanzminister Radin am Dienstag eine Rede, worin er vor allem die Unmöglichkeit der Einführung der Goldwährung darlegte. Eine der wichtigsten Ursachen für die Unmöglichkeit, die Währung auf eine Goldbasis zu stellen, sei die Entwertung der Währungen der Nachbarstaaten, wo die tschechoslowakische Papierkrone aufgeschwungen ist und diese Papierkrone gegen tschechoslowakische Goldkronen umgetauscht werden würden, so daß das Gold ins Ausland ginge. Trotzdem hält es der Finanzminister für möglich, daß Goldkronen als Handelsmünzen geprägt werden, die zum Goldpreis verkauft werden würden. Der Finanzminister verteidigte weiter seine Deflationspolitik, die er für durchaus notwendig hält, weil er in ihr einen moralischen Erfolg sieht. Der Anstieg der Krone und die Preisermäßigung haben die Republik angeblich von allen Schiefern und Wucherern gereinigt.

Der Minister versuchte soann noch den Nachweis zu führen, daß das Steigen der Krone an der Verschärfung der Krise unschuldig ist. Gelegentlich ist ihm dieser Nachweis nicht, zumal er sich gar nicht bemühte, Argumente für diese seine Behauptung zusammenzutragen, sondern einfach sehr laut sagte: „Dies ist nicht wahr.“ Wahr ist, daß es sich um eine Weltwirtschaftskrise und nicht um eine Wirtschaftskrise in der tschechoslowakischen Republik handelt, aber durch die unglückselige Wirtschaftspolitik der Regierung, von der die tschechische Währungspolitik einen wesentlichen Bestandteil bildet, ist die Krise verschärft worden. Ebenso kann die Anlage des Ministers nicht besonders imponieren, die er in heiligem Eifer gegen die Nachbarstaaten schleppte, daß sie durch ihre Inflationspolitik zu den größten Zwadignern der Menschheit gehören. Die Banknotenvermehrung in Deutschland und Österreich ist kein besonderes Verhängnis, das sich diese beiden Staaten leisten, sondern ausgesetzungen sei ihnen die Politik durch den Gewaltfrieden von Versailles, durch die Schaffung eines lebensunfähigen Staates an unserer Südgrenze und durch die Aufbürdung ungeheurer Zahlungsleistungen auf unseren Nachbarn im Norden.

Von der Herabsetzung der Kohlenabgabe will der Minister nicht viel wissen, weil die Herabsetzung nicht den Konsumenten nützt, sondern die Profite der Bergwerksbesitzer erhöhen würde. Wo es gilt, die Verbrauchsausgaben zu rechtfertigen, wird der Herr Radin sogar ein Gegner des Kapitalgewinnes und ein Freund der Konsumenten. Glauben wird ihm diese Fremdscham freilich niemand. Die Verbehalten der Umsatzsteuer wieder rechtfertigt er mit dem sonderbaren Argument, daß uns das Ausland nicht borgen würde, wenn wir mit unseren Steuerfahnen heruntergingen, weil dadurch der Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht käme.

So hat die Rede des Finanzministers im Budgetausschuß für die breiten Massen der Bevölkerung nichts Erfreuliches gebracht.

Die Gutachten ausländischer Volkswirte über die Markstabilisierung.

Das von Brand, Cassel, Jenks und Keynes unterzeichnete Gutachten enthält folgende Ausführungen: Die Gutachter sind überzeugt von der Notwendigkeit, daß die Mark unverzüglich stabilisiert werden muß, was bei gewissen Zugeständnissen seitens der Gläubiger möglich wäre. In erster Linie muß die Stabilisierung aber von Deutschlands eigenen Bemühungen ausgehen. Augenblicklich ist es hoffnungslos, die Stabilisierung von fremder Hilfe zu erhoffen, da Deutschland eine eigene Politik haben muß. Auf die Frage also, ob die Stabilisierung gegenwärtig möglich ist, wird mit Nein geantwortet. Erstens aus inneren Gründen, vornehmlich wegen der Finanzpolitik des Deutschen Reiches, zweitens aus äußeren Gründen, insbesondere wegen der Kosten aus dem Versailler Vertrage. Solange nicht Deutschlands Finanzen für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrage entlastet werden, würde jeder Stabilisierungsversuch scheitern. Die Gutachter glauben, daß das Moratorium gegenwärtig auf mindestens zwei Jahre festgesetzt werden müsse und sowohl Zochleistungen wie Verzinsungen umfassen solle. Jeder Stabilisierungsplan wäre solange unmöglich, als nicht eine endgültige Regelung des Reparationsproblems gefunden wird. Diese ist so bald wie möglich zu treffen. Vorher könnten ausländische Kredite nur in bescheidenem Umfang erhalten werden. Der Erfolg der Stabilisierung hängt vom Gleichgewicht des Staatshaushaltes ab. Die Beschaffung des Kapitals darf nicht aus den laufenden Einnahmen erfolgen, sondern muß durch eine innere fundierte Anleihe gedeckt werden. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsbilanz wäre die Wiederherstellung der Gleichberechtigung für Deutschland im internationalen Handel, inbezug auf das Recht, Zölle von Luxuseinfuhr zu erheben, und für die Ausfuhr die Meistbegünstigung zu fordern.

Die Stabilisierung wäre zu einem niedrigeren Werte der Mark zu versuchen, wobei dieser Wert erheblich höher sein kann als der augenblickliche. Gegenwärtig dürfte ein Kurs von 3000 bis 3500 Mark für den Dollar als Grundlage für die Stabilisierung richtig sein. Nach vollkommener Durchführung der Stabilisierung muß eine neue Wertseinheit in der Höhe eines

Wesfachen der stabilisierten Papiermark im Interesse der Verkehrserleichterung eingeführt werden.

Als Richtlinien für die Stabilisierung führt das Gutachten an: Zweck Aufschub aller Zahlungen aus dem Versailler Vertrage für die Dauer von zwei Jahren sollte das Deutsche Reich der Reparationskommission folgende Garantien geben:

a) In Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserve zur Verfügung zu stellen hätte. Solange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark zu einem festzusetzenden Kurs zu laufen.

b) Der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen. An diesem Grundsatz darf ohne Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden. Nach Genehmigung der vorstehenden Vorschläge durch die Reparationskommission wäre ein internationales Finanzforum zur Mitarbeit bei der finanziellen Stabilisationsaktion einzuladen.

Die tschechoslowakische Eisenindustrie. Die verschlechte Wirtschaftspolitik der tschechoslowakischen Regierung wird durch den nachstehenden Wiener Bericht des „Berliner Tageblattes“ treffend beschrieben: „Die tschechische Eisenindustrie ist durch den Abbau der Stroum Kohlen- und Kokspreise um zirka 28 pC., ferner durch die 30%ige Kürzung der Eisenarbeiterlöhne nunmehr in der Lage, ihre Gestehungskosten wesentlich herabzubringen. Trotzdem ist mit einer nennenswerten Belebung des Eisenabfahes nicht zu rechnen. Die günstige Konjunktur auf dem Weltmarkt ist jetzt vorüber, und, alle Maßnahmen der Prager Regierung, die Hüttenindustrie auch durch Frachtermäßigung usw. zu unterstützen, kommen jetzt zu spät. Bisher haben die tschechischen Eisenwerke geringe Mengen von Eisen nach Österreich geliefert, ferner war ein nicht sehr umfangreicher Export nach den anderen Zuleistungsstaaten zu verzeichnen. Die Aussichten sind jetzt aber schlechter denn je. In Österreich hat nunmehr die Alpine Montangesellschaft, die bisher von den tschechischen Werken im Export oft unterboten wurde, selbst Mangel an Aufträgen und bewirbt sich unter Preisopfern um neue Exportaufträge. Die überseeischen Aufträge sind ganz in Wegfall gekommen, und in Ungarn und Jugoslawien hat Stimmes gemeinsam mit der Alpinen durch Errichtung eigener Eisenhandelsgesellschaften dafür vorgesorgt, daß ihm keine Lieferung an die tschechoslowakische verloren geht. Mit der westlichen Eisenindustrie wird aber die tschechische Eisenindustrie auch nach Ermäßigung ihrer Preise nicht konkurrieren können, da sich zwischen den beiderseitigen Gestehungskosten noch immer eine Differenz von fast 100 pCt. zugunsten der tschechischen Werke ergeben wird. Der Inlandabsatz liegt ganz danieder, da sämtliche Investitionen ruhen.“

Ausländische Arbeitslose in Deutschland. Zu der Konferenz der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die am 20. Oktober 1922 in Genf zusammentrat, konnte die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keinen Vertreter entsenden. Der Vorsitzende der Gesellschaft richtete aber brieflich die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die in Deutschland gemachte Beobachtung, daß zahlreiche ausländische Arbeitslose aus voluatiarischen Ländern (insbesondere England, Holland, Italien, Schweiz) nach Deutschland kommen und in den Grenzbezirken von ihrer Arbeitslosenunterstützung leben. Das sei ein unerwünschter Zustand und müsse demoralisierend auf die ausländische und inländische Arbeiterschaft wirken.

Die Papiermünzen in Deutschland. Nach dem letzten Anweis der deutschen Reichsbank betrug der Banknotenumlauf in Deutschland am 31. Oktober 470 Milliarden Mark. Zum Vergleich sei angeführt, daß dieser Umlauf zu Kriegsbeginn zwei Milliarden, zu Kriegsende 22 Milliarden betrug.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	100	Schw. Frank	0'17.65
Berlin	100	Mark	207.00
Wien	100	östr. Kr.	2572.00

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1215.50	1219.50
100 Mark	0'24.00	0'44.00
100 schwed. Frank	568.50	571.50
100 Lire	127.00	128.50
100 franz. Frank	194.25	195.75
1 Pfund Sterling	187.87	189.37
1 Dollar	31'10.00	31'50.00
100 belg. Frank	178.50	180.50
100 Dinar	50.00	50.50
100 östr. Kronen	0'03.00	0'04.90
100 poln. Mark	0'14.00	0'24.00
100 ungar. Kronen	1'15.00	1'25.00

Züricher Schlußkurse.

Berlin	0'08.87	Paris	35'10.00
Bien	0'00.74	Mailand	23'15.00
Brag	17.65	Budapest	0'22.00
Dolland	214.00	Stam	2'22.00
New York	5'49.00	Wien	0'03.50
London	2'48.00	Wien gest.	0'00.76

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Kunst und Wissen.

Presserevue „Die Walfäre“ von Richard Wagner. (Singspiel Richard Bohnen im Neuen Deutschen Theater, 7. November 1922). „Die Walfäre“ vertritt es am besten, für ein Sängersingspiel aus dem Zusammenhange der „Nibelungen“-Tetralogie gerissen zu werden. Sie wirkt dann als die Tragödie des Sieglinde-Ziegmund-Schiedsals, jenes durch Notans Willen an jüngerer Liebe zugrunde gehenden Geschwisterpaars. Auch musikalisch besteht zwischen der „Walfäre“ und den übrigen Werken des Nibelungen-Ringes ein loserer Zusammenhang. Das Ereignismoment der dienstägigen „Walfäre“-Vorstellung war Michael Bohnens „Wotan“. Eine Rolle, die dieser außerordentliche Sänger und Darsteller in Prag noch nicht gesungen hat. Bohnens Gesamtleistung war auch diesmal von überwältigender Größe im gefanglichen Ausdruck und in der persönlich scharf umrissenen Zeichnung der großen Wagneregestalt. Interessant ist, wie Bohnen dieser in seltsamer Tradition wurzelnden Gesangsrolle zu Leibe geht, sie jeder Sentimentalität entkleidet, ganz der herrliche, seinen Willen betonende, dann wieder verbitterte und sein eigenes Geschick ahnenlassende Gottmenschen ist. Seine Untugenden verkennt Bohnen aber auch in dieser Gesangsrolle nicht: Willkürlichkeit der Deklamation zugunsten eigenwilliger dramatischer Akzente, hartes Unerstreichendes der Hauptgedanken. Leisten der Töne und manirierte Verwendung des Stimmwellers. Am unzerzeihlichsten darunter ist jedenfalls der Versuch der Deklamationsverbesserung Wagners; denn Wagners musikalische Deklamation im Vokaltrakt ist auch heute noch musterhaft. Ist ganz im musikalischen Akzente gehobene Rede. Gegenüber der mit den stärksten gefanglichen und dramatischen Mitteln wirkenden Leistung Bohnens traten alle übrigen Mitwirkenden mehr oder weniger zurück. Am wenigsten Fräulein Maria Müller als „Sieglinde“, weil sie dieser Rolle alles zu geben vermag, was sie erfordert. Ueberraschend gut war auch Herr Nachod als „Ziegmund“. Weniger erbaulich war die Unordnung im Ensemble der „Walfären“. Und der trotz 6-Uhrbeginn späte Teaterschluß.

Der Film.

Lady Hamilton. Dienstag wurde von der „Arana“ im Bio „Uma“ die erste Epoche des historischen Films „Lady Hamilton“ vorgeführt. Der Film knüpft an die bewegte Lebensgeschichte der als Schönheit bekannten und als Freundin Nelsons berühmten Emma Lion an und schildert den Verwegang der Heldin vom Mädchen bis zur großen Dame. Man sieht eine Reihe historischer Persönlichkeiten in wirksamer Masse und gutem Kostüm, so u. a. die Königin Karoline von Neapel, von Elfe Seims in vorzüglicher Haltung dargestellt, ferner den jungen, später den gealterten Nelson, von Konrad Reidi mit außerordentlicher Noblesse repräsentiert. Effektvolle Episoden und schöne Interieurs unterstützen den Film in seiner Wirkung. Die Darstellerin der Titelrolle, Elane Sald, zeigte sich, was Glanz der Erscheinung anlangt, allen Anforderungen gewachsen. R. A.

Aus der Arbeiterbewegung.

Sozialistische Einigung in Schweden. Eine Versammlung von Vertretern der beiden sozialistischen Parteien in Schweden beschloß nach dreitägigen Verhandlungen, ihren Anhängern den Zusammenschluß vorzuschlagen. Der Beschluß der beiden schwedischen sozialistischen Parteien bedeutet nach der Vereinigung der SPD. und USP. in Deutschland einen weiteren Schritt zur Konsolidierung der internationalen sozialistischen Bewegung. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Schwedens erfolgte im Jahre 1917, und zwar stand hier die Stellung zur Frage des Militarismus im Vordergrund der Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Unter der Führung von Lindhagen, Stroem, Hoeglund u. a. bildete sich damals die linkssozialistische Partei Schwedens, die jedoch etwa zwei Jahre später unter der Einwirkung der kommunistischen Agitation in zwei fast gleiche Teile zerfiel. Nun hat die linkssozialistische Partei, sicherlich unter starkem Einfluß der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien in Deutschland, den Zusammenschluß mit der Sozialdemokratischen Partei beschlossen und damit einen wichtigen Schritt zur Überwindung der sozialistischen Zersplitterung in Schweden vollzogen. In organisatorischer Hinsicht bedeutet der Zusammenschluß der linkssozialisten mit den Sozialdemokraten keine große Verstärkung, da sie im Lande über eine wesentlich

Heute Donnerstag, um 6 Uhr abend

Großes SCHWEINEFEST
Restaurant Havara Prag I., Celetná ul.

Treffpunkt der P. T. Herren Abgeordneten.
Original-Schrammel. 1181
Lang, Komenda, Vollsinger und Mandla.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischergasse 6, 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstausschreibetrieb und Rotationsbetrieb.

geringere Mitgliederzahl als die alte Partei befügen und in der Zweiten Kammer nur für Mandate neben zirka 100 Mandaten der Sozialdemokratischen Partei innehaben. Das Wesentlichste jedoch ist hier nicht die materielle, sondern die moralische Bedeutung dieses Schrittes, der sicherlich auch auf die schwedischen Kommunisten nicht ohne Einwirkung bleiben wird, die gegenüber der erstarkenden sozialdemokratischen Bewegung in hoffnungsloser Minderheit verbleiben sind.

Turnen und Sport.

Wettspiele in Prag. Samstag: Slavia gegen S. A. Liben, Viktoria Zizlow gegen Ruselsty S. A., Viktoria Russe gegen Union Zizlow, Slavoj VIII gegen Meteor VIII. — Sonntag: Meisterschaft 1. Kl.: G. P. R. gegen Cecie Karlin. Freundschaftsspiele: Hamburger Sportverein g. K. C. Sparta, Liben gegen Viktoria Zizlow, Ruselsty S. A. gegen Meteor VIII gegen Viktoria Weinberge, Slidow gegen Union Zizlow, Sparta Kobilce gegen Ruselsty S. A.

Das Cupfinale Sparta gegen Slavia. Die Pokalkommission des Prager Gaues entschied, daß zweimal zehn Minuten des Pokalspiels Sparta gegen Slavia, welches beim Stande 2-2 abgebrochen wurde, nachzutragen sind. Es wird daher am 4. Dezember ein Freundschaftsspiel Sparta gegen Slavia angesetzt, nach dessen Abschluß die 20 Minuten Nachspiel ausgetragen werden.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Warnung!

Dr. Rabuse — Psychoanalytiker wurde vom Staatsanwalt Wenz verhaftet.
Dr. Rabuse — der große Spieler mit Menschen und Schicksalen ist endlich entlarvt und sein verderbendes Handwerk gelost.
Dr. Rabuse — wird seine Praxis bei uns nicht mehr ausüben, jedoch
Dr. Rabuse — und sein Tag,
Dr. Rabuse — und seine Nacht sind glücklich im Filme
Dr. Rabuse — der Spieler festgeholt.
Beginn der Vorstellungen ab Freitag, den
10. November 1922 im
Bio „Sanjouci.“ 1178

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holth.

Wirtschafts-

Pelze

von Kt 300.-

Pelze

von Kt 2.500.-

Reise- u. Chauffeur-

Pelze

von Kt 1.000.-

Leder-

Pelze

von Kt 950.-

Leder-

Rüde von Kt 500.-

Leder-

Brosches v. Kt 300.-

Leder-

Automantel von Kt 1900.-

Leder-

Leder-
Kandschuhe, Kappen, Stutzen, Reiseartikel, Kinder Kleider

Stiegefellhosen
von Kt 720.-

Konfektionshaus

Sigm. Stránský
Prag, Hybernská.